

**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND**

**UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE**

SEDUTA

168.

SITZUNG

17 - 7 - 1968

Presidente :

Vicepresidente : BERTORELLE

V. LEGISLATURA - V. LEGISLATURPERIODE



INDICE

Interrogazioni e interpellanze

pag. 3

Disegno di legge n. 144 :

« Agevolazioni creditizie per favorire, presso le aziende industriali del ramo chimico-metallurgico, le installazioni idonee alla eliminazione dei fumi nocivi »

pag. 16

INHALTSANGABE

Anfragen und Interpellationen

Seite 3

Gesetzentwurf Nr. 144 :

« Kreditleichterungen zur Förderung des Einbaues von Abgasfilteranlagen in Industriebetrieben der Chemie- und Metallverarbeitung »

Seite 16

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Bertorelle).

Ore 10.18.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): (fa l'appello nominale).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 16.7.1968.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): (legge il processo verbale).

PRESIDENTE: Osservazioni al processo verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.

Incominciamo con le **Interrogazioni e interpellanze**, fino a che non finisce il lavoro la commissione legislativa.

C'è l'interrogazione del cons. Benedikter al Presidente della Giunta regionale sul Parco dello Stelvio.

Seguono due interrogazioni del cons. Vinante, che riguardano gli enti provinciali del turismo.

Interrogazione n. 214 del cons. Benedikter al Presidente della Giunta regionale:

Erlaube mir den Präsidenten des Regionalausschusses in dieser seiner Eigenschaft zu befragen, was er in Verteidigung der primären regionalen Zuständigkeit hinsichtlich Parks zum Schutz der Flora und Fauna, Forste und Forstkörpers sowie Jagd und Fischerei zu unternehmen gedenkt, gegen die jüngst von der Verwaltung des Stilsfer-Joch-Parkes ergriffenen Maßnahmen, womit die Ausübung aller im Gesetz vom Juni 1935 vorgesehenen Befugnisse hinsichtlich land- und forstwirtschaftlicher Nutzung sowie Jagd und Fischerei wiederum auf den gesamten ursprünglichen Bereich auch unter der 1500-Meter-Grenze ausgedehnt worden ist. Das im Widerspruch zu den erst am 6. Dezember 1967 in Rom anlässlich der beratenden Kommission gemäß Art. 8 des Parkgesetzes abgegebenen Zusicherungen und im Widerspruch zu der im Jahre 1964 erfolgten Einsetzung einer gemischten Kommission mit der Aufgabe, die verfassungsrechtliche Regelung des Nationalparkes unter Wahrung der Regionalautonomie vorzubereiten.

Ich verweise auf die Antwort, die mir Dr. Giorgio Grigolli, als Regionalassessor für Bergwirtschaft und Forstwesen, am 28. Jänner 1966 auf eine Anfrage gegeben hat, in welcher es unter anderem heißt:

« Die Interventionen (der Region) hatten zweierlei Zwecke:

- die Unvereinbarkeit der staatlichen Gesetzgebung über den Nationalpark Stilfser Joch mit der erstrangigen Gesetzgebungsbefugnis der Region auf dem Gebiete der Pflanzen- und Tierschutzparke und daher die Notwendigkeit zu vertreten, zu einem Abschluß zu gelangen, welche diese Zuständigkeit wahrt;
- in der Phase der langwierigen Verhandlungen soweit als möglich die schädlichen Folgen zu verringern, die der Bevölkerung durch das Vorhandensein des Nationalparkes erwachsen.

Im Laufe dieser Aktion wurde außerdem das vom Regionalrat mit der Genehmigung der Tagesordnung vom 28. März 1952 beschlossene Verhalten befolgt.

Um ein wenn auch nur teilweises Ergebnis für die Erwartungen der Bevölkerung des oberen Vinschgaues zu erzielen, wurde in dieser Phase durch die Staatsverwaltung auf substantieller Ebene die auf die Provinzen Trient und Bozen entfallende Gebietsfläche des Nationalparkes dadurch eingeschränkt, daß seine Grenzen von der Talsohle auf die Höhe über 1500 Meter ü.d.M. zurückversetzt wurden.

Die ursprüngliche Gebietsfläche in der Region betrug 72.796 ha und wurde auf die 35.209 ha der Höhenlagen herabgesetzt, wobei 27.839 ha in der Provinz Bozen und 9.750 ha in der Provinz Trient wieder freigegeben wurden.

Damit wurden die den Wildschäden am meisten ausgesetzten Kulturen vom Nationalpark ausgeschlossen und von den Grenzen des Parkes erheblich entfernt, während die Möglichkeiten der Vermehrung und Ausbreitung des Wildes bedeutend vermindert wurden.

In bezug auf die Jagd wurden die freigegebenen Gebiete den gebietlich zuständigen Jagduntersektionen zur Verwaltung übertragen und daher den allgemeinen Jagdbestimmungen unterworfen.

Um in den Gemeinden des oberen Vinschgaues die Wildschäden an den Kulturgründen zu mildern, wurde ferner durch das Jagd- und Fischereiamt der Region im Zeitraum 1955-1962 zur Erlegung von 1175 Hirschböcken, Hirschkühen und Junghirschen ermächtigt, außer den Hirschböcken, die im Jahre 1965 erlegt und noch nicht mitgeteilt wurden.

Seit dem Jahre 1964 wurden die Untersektionen ermächtigt, über die Erlegung von Hirschböcken selbst zu entscheiden. Hinsichtlich der Wahrung der regionalen Zuständigkeiten erwirkte der Regionalausschuß im Jahre 1964 nach den vorausgegangenen unmittelbaren Interventionen beim Ministerium für Land- und Forstwirtschaft vom staatlichen Organ die Ernennung einer gemischten Kommission zur Lösung des Problems Nationalpark Stilfser Joch und machte seine Vertreter in dieser Kommission namhaft.

Da diese Kommission bis heute nicht in Tätigkeit getreten ist und in der Zwischenzeit staatliche Maßnahmen über die Finanzierung des Nationalparkes Stilfser Joch und über die Ernennung des beratenden technischen Organs des Nationalparkes erlassen wurden, war sich der Präsident des Regionalausschusses mit dem Unterzeichneten über die Zweckmäßigkeit einig, neuerdings geeignete Lösungen zur Wahrung der regionalen Belange und Rechte und daher die Tätigkeit der vorgesehenen Kommission zum Studium und zur Lösung des Problems zu betreiben.

Dies ist mit Schreiben vom 2. November 1965 an das Präsidium des Ministerrates geschehen. Mit Schreiben vom 18. Jänner 1966 wurde dies neuerdings betrieben. »

Bekanntlich ist die gemischte Kommission bis heute nicht zusammengetreten. Auch hat der Landesausschuß von Bozen am 19. Dezember 1967 verlangt, zur Wahrung der autonomen Zuständigkeiten der Provinz hinsichtlich Bauordnung und Landschaftsschutz an den Verhandlungen dieser Kommission teilzunehmen.

Es hat den Anschein, als ob die Parkverwaltung durch diese mit dem Autonomiestatut in Widerspruch stehenden Maßnahmen über die interessierten Bauern und Jäger auf die örtlichen Körperschaften einen Druck ausüben möchte, damit diese Grundstücke abtreten, um so die Existenz des Parkes zu rechtfertigen, nachdem das Parkgesetz dreiunddreißig Jahre toter Buchstabe geblieben ist.

Ich frage noch, ob der Regionalausschuß gedenkt, den 1958 vom damaligen Regionalausschuß beschlossenen Gesetzentwurf hinsichtlich Übernahme der Parkverwaltung durch die Region und Wahrung der regionalen Befugnisse einzubringen, da es offensichtlich ist, daß die Absicht besteht, vollendete Tatsachen zu schaffen. Dieser Gesetzentwurf wurde damals vom Rechtsberater der Region, Staatsrat Dr. Cesareo, schriftlich begutachtet.

Ein Hinnehmen dieses Vorgehens der Parkverwaltung würde bedeuten, daß die Region auf die Ausübung ihrer Befugnisse hinsichtlich Steinbrüche, Straßenwesen, Seilbahnen, Skilifte, Industriebetriebe, Schutzhütten, Wildbachverbauung, Kulturänderungen, Sammeln von Pflanzen, Aufforstungen, Ausübung der Weide, Jagd und Fischerei (siehe Artikel 3, 4, 5, 6, 7, 9, 10, 13, 14, 15 der mit Dekret des Präsidenten der Republik vom 30. Juni 1951 Nr. 1178 genehmigten Durchführungsverordnung) auf 76.000 ha, d.h. mehr als 1/10 des regionalen Territoriums, wovon 10.000 ha Regionalbesitz sind, verzichtet.

Mi permetto di interrogare il Presidente

della Giunta regionale in questa sua qualità, al fine di sapere che cosa intende fare per tutelare la competenza primaria della Regione in materia di Parchi nazionali per la protezione della flora e della fauna, di foreste e corpi forestali, nonché di caccia e pesca, dato che i recenti provvedimenti adottati dall'amministrazione del Parco dello Stelvio hanno esteso l'esercizio di tutte le funzioni previste dalla legge del giugno 1935, concernente lo sfruttamento del terreno a scopo agricolo e forestale, a tutto il territorio originario, comprese le zone al di sotto della quota dei 1500 metri. Detti provvedimenti sono in netto contrasto con le recenti assicurazioni fatte a Roma il 6 dicembre 1967, in occasione della convocazione della commissione consultiva prevista dall'art. 8 della legge sui Parchi nazionali, nonché con la nomina di una Commissione mista effettuata nell'anno 1964, allo scopo di elaborare il regolamento costituzionale del Parco nazionale salvaguardano l'autonomia regionale.

Al riguardo mi riporto alle sottoindicate dichiarazioni rese il 28.1.1966 dal dott. Giorgio Grigolli in qualità di assessore regionale per l'economia montana ed alle foreste, in sede di risposta ad una mia interrogazione:

« Gli interventi hanno avuto due obiettivi:

- affermare la incompatibilità della normativa statale del Parco nazionale dello Stelvio con la competenza primaria della Regione in materia di Parchi per la protezione della flora e della fauna e quindi l'esigenza di giungere ad un concluso che porti al rispetto di tale competenza;*
- alleviare per quanto possibile, nella fase di lunga trattativa aperta col punto precedente le conseguenze dannose derivanti alle popolazioni dalla esistenza del Parco.*

Nello svolgimento di tale azione fu inoltre perseguita la linea votata dal Consiglio regionale con l'approvazione dell'ordine del giorno del 28 marzo 1952.

In tale fase, allo scopo di trovare uno sia pure parziale esito all'aspettativa della popolazione dell'alta Val Venosta, fu realizzata da parte dell'Amministrazione statale, sul piano sostanziale, la riduzione del territorio del Parco ricadente nelle province di Trento e di Bolzano, portandone il confine dal fondo valle a quota superiore ai m. 1500 s.l.m.

La originaria superficie del Parco in Regione ammontante a 72796 ha, fu ridotta a 35209 ettari delle altre quote, liberalizzando 27839 ettari in provincia di Bolzano e 9750 ha in provincia di Trento.

Con ciò le colture più sottoposte ai danni della selvaggina furono escluse dal Parco e notevolmente distaccate dai confini del Parco stesso, mentre le stesse possibilità di affermazione e di diffusione della selvaggina furono notevolmente ridotte.

Nei riguardi della caccia i territori liberalizzati furono passati alla gestione delle Sottosezioni Cacciatori competenti per territorio e quindi sottoposti al normale regime venatorio.

Per alleviare nei Comuni dell'alta Val Venosta i danni della selvaggina ai coltivi è stato inoltre autorizzato, da parte dell'Ufficio caccia e pesca della Regione, nel periodo 1955-1962, l'abbattimento di n. 1175 capi di cervo fra maschi, femmine e piccoli, oltre a quei capi maschi abbattuti nel 1965 e non ancora comunicati.

Dal 1964 le Sottosezioni sono state autorizzate a decidere direttamente circa l'abbattimento dei maschi di cervo.

Circa la salvaguardia delle competenze regionali, la Giunta regionale dopo i precedenti interventi diretti presso il Ministero agricoltura e foreste, ottenne nel 1964 dall'Organo statale la nomina di una Commissione mista per

la soluzione del problema relativo al Parco nazionale dello Stelvio e designò i propri rappresentanti in seno alla Commissione stessa.

Poiché tale Commissione non ha fin qui operato, ed essendo nel frattempo intervenuti provvedimenti statali in ordine al finanziamento del Parco dello Stelvio e alla nomina dell'Organo tecnico consultivo del Parco stesso, il Presidente della Giunta ha convenuto con il sottoscritto sull'opportunità di sollecitare nuovamente soluzioni idonee a salvaguardare gli interessi e le prerogative regionali e quindi il funzionamento della Commissione prevista per lo studio e la soluzione del problema. Ciò è avvenuto con nota 2 novembre 1965 diretta alla Presidenza del Consiglio dei Ministri.

Con nota del 18 gennaio 1966 si è sollecitato ulteriormente un tale esito. »

Come è noto la Commissione mista non è ancora stata mai convocata. La stessa Giunta provinciale di Bolzano ha avanzato la richiesta il 19 dicembre 1967, di poter partecipare alle sedute della Commissione in parola per salvaguardare le competenze autonome della Provincia, in materia di ordinamento edilizio e tutela del paesaggio.

Mettendo in atto i provvedimenti di cui sopra, sembra che l'amministrazione del Parco nazionale voglia far pressione sui contadini interessati, cacciatori ed enti locali, al fine di ottenere la cessione dei relativi terreni. In questo modo si giustificherebbe l'esistenza del Parco, dopoché la legge sui Parchi nazionali è rimasta inoperante per ben 33 anni.

Poiché è evidente che l'amministrazione del Parco nazionale intende porci davanti al fatto compiuto, vorrei sapere, se la Giunta regionale non intende presentare il disegno di legge votato nell'anno 1958 dall'allora Giunta regionale, concernente l'assunzione dell'amministrazione del Parco dalla stessa Amministrazione regionale nonché la salvaguardia delle com-

petenze regionali. A suo tempo il consulente legale della Regione, il Consigliere di Stato dott. Cesareo aveva espresso per iscritto il suo parere favorevole in merito al disegno di legge in parola.

L'accettazione da parte della Regione di questo modo di procedere dell'amministrazione del Parco nazionale significherebbe la rinuncia all'esercizio delle sue competenze in materia di cave, viabilità, funivie, sciovie, industrie, rifugi, sistemazione idraulico-forestale, variazioni colturali, raccolta di piante, rimboschimenti, esercizio del pascolo, caccia e pesca (vedi articoli 3, 4, 5, 6, 7, 9, 10, 13, 14, 15, delle norme di attuazione approvate con D.P.R. del 30 giugno 1951, n. 1178), su un territorio di 76.000 ettari, che equivale a più di 1/10 del territorio regionale, di cui 10.000 ettari sono di proprietà della Regione.

Cons. Benedikter, vuole illustrarla? Ha la parola.

BENEDIKTER (S.V.P.): Es ist inzwischen viel Zeit vergangen und es haben sich Neuigkeiten ereignet, oder zumindest müssen neue Umstände noch hinzugefügt werden, die das Bild vervollständigen. Es ist dies die dritte Anfrage in dieser Legislaturperiode, die ich in dieser Sache, und zwar grundsätzlicher Art, vorgebracht habe: die erste am 29. Dezember 1965, auf die die Antwort vom damaligen Assessor für alpine Wirtschaft und Forstwesen, Grigolli, erfolgt ist; eine weitere am 9. Dezember 1967, und die letzte jetzt am 5. April 1968. Der Landesausschuß hat seit Dezember 1967 verlangt, daß in diese gemischte Kommission, die ich politische Kommission nennen möchte, weil sie ja die verfassungsrechtliche Regelung behandeln sollte, auch ein Vertreter der Provinz hineinkomme, also auch die Provinz Trient darin vertreten sei. Wir haben das

am 19. Dezember verlangt, am 5. April urgirt und schließlich am 24. April neuerdings urgirt und bis heute keine schriftliche Antwort erhalten.

Zweitens möchte ich auf etwas hinweisen, was, glaube ich, dem Regionalrat bisher nicht bekannt war: Es wird von seiten der Verteidiger der staatlichen Oberhoheit über den Nationalpark immer wieder darauf hingewiesen, daß es ja darum geht, auch den Zusammenhang mit dem Schweizer Nationalpark zu wahren und die Zusammenarbeit und eine solche Aufgabe nur vom Staat wahrgenommen werden könne, nicht von der Region usw. Gewissermaßen wird dieser Zusammenhang mit dem Schweizer Nationalpark als Vorwand benützt, um die staatliche Zuständigkeit zu verteidigen. Ich habe mich in der Zwischenzeit erkundigt, wie es mit diesem Schweizer Nationalpark bestellt ist — ich war dort — und bringe hier kurz einige Daten.

Dieser Schweizer Nationalpark umfaßt ein Sechstel des Stilsfer-Joch-Nationalparks: 16.800 Hektar, und ist ein Hochgebirgspark. Diese Fläche ist zum größten Teil über 2000 m Meereshöhe und umfaßt zu einem Drittel Wald, die übrigen zwei Drittel sind alpine Zone oberhalb des Waldes; sie umfaßt keine landwirtschaftlich genutzten Flächen, keine Ortschaften, auch nicht Almen, die wirtschaftlich genutzt werden. Man kann also sagen, daß es ein ausgesprochener Naturschutzpark ist, der sich nur auf Zonen ausdehnt, die weder forstwirtschaftlich noch landwirtschaftlich genutzt werden, zum Unterschied vom Stilsfer-Joch-Nationalpark, der sich insgesamt, wie wir wissen, über 96.000 ha ausdehnt, davon 51.000 in der Provinz Bozen, 23.000 in der Provinz Trient, 21.000 in der Provinz Sondrio; er umfaßt im Vinschgau das gesamte rechtsufrige Tal vom Rambach, also von der Gemeinde Glurns oder von der Gemeinde Mals aus bis Latsch herunter. Das sind

rund zehn Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von rund 20.000, mit einer Agrardichte von rund 60 Personen, also die in der Landwirtschaft beschäftigten Personen mit Bezug auf die landwirtschaftliche Nutzfläche. Diese Agrardichte ist größer bzw. bedeutend höher als die durchschnittliche Agrardichte Norditaliens. Schon daraus ergibt sich das Unsinnige eines Parkes wie der unsrige hier, während der Schweizer Park als solcher, nämlich die Idee und auch die heutige Wirklichkeit desselben, ohne weiteres angenommen werden könnte. Es ist ja bekannt, daß sich die Provinz Bozen, auf Grund ihrer Zuständigkeit für Landschaftsschutz, für den Gedanken des Naturschutzgebietes einsetzt und das Gesetz streng handhabt, und daß wir nicht gegen den Naturschutzgedanken als solchen sind, sondern im Gegenteil alles tun, um in dieser Hinsicht zu retten, was zu retten ist.

Der Schweizer Park, wie gesagt, hat nur 16.000 Hektar, ein Sechstel des Stilsfer-Joch-Parkes, und wird zur Gänze von fünf Besitzergemeinden gepachtet; es werden derzeit für diese hochalpine Region rund 13 Millionen Lire Pachtzins gezahlt. Gleichzeitig wurden von der Eidgenossenschaft im Jahr 1963 — ich habe keine späteren Daten zur Verfügung — zwischen 3 und 4 Millionen Wildschadenersatz gezahlt für Schäden, die vom Wild aus dem Park auch in der Umgebung des Parkes angerichtet worden sind. Wildbestand im Schweizer Nationalpark: rund 1300 Hirsche. Aus dem Prospekt über den Schweizer Park geht hervor — es steht wortwörtlich geschrieben —, daß dieses Wild, besonders die Hirsche — Gamsen sind auch 1300 —, im Winter in niedrigere Gegenden abwandern, unter anderem auch ins Vinschgau. Es wird offiziell berichtet: Alle Hirsche und Rehe verlassen das Parkgebiet über den Winter. Soweit kurz über den Schweizer Nationalpark.

Und schließlich noch ein Drittes: Nachdem die von mir aufgezeigte Aktivierung der Bestimmungen des Nationalparkgesetzes und der Durchführungsverordnung bis dato weitergeht, also kein Erlahmen in dieser Hinsicht zu bemerken ist, haben sich am 20. Juni 1968 der Präsident der Talgemeinschaft Vinschgau, der Bürgermeister von Stilfs, der Bürgermeister von Bormio, der Bürgermeister von Valfurva am Stilsferjoch getroffen und haben eine Entschliessung verfaßt, in der folgendes gesagt wurde:

« Das Staatsgesetz vom Jahr 1935, womit der Stilsfer-Joch-Nationalpark eingesetzt wird, entspricht nicht mehr den heutigen Erfordernissen und muß abgeändert werden. In erster Linie müssen die Grenzen des Parkes einer Revision unterzogen werden. Diese Neufestsetzung der Grenzen muß an Ort und Stelle von der beratenden Kommission im Einvernehmen mit den Vertretern der Lokalverwaltungen, der Provinz, der Region und des Bauernbundes vorgenommen werden. Dabei soll die Grenzziehung in einer solchen Höhenlage vorgenommen werden, damit weder die Landwirtschaft noch der Fremdenverkehr in ihrer Tätigkeit und Entwicklung behindert werden. (Dazu ist auch eine Stellungnahme in diesem Sinne des Landesfremdenverkehrsamtes von Bozen erfolgt.) Der Stilsfer-Joch-Nationalpark soll als ein kontrollierter Park eingestuft werden, wobei die Stückzahl des bestehenden Großwildes in bestimmten Größen gehalten werden muß. (Wichtig, weil bezeichnend für die Entschlossenheit der Gemeinden, sich dem jetzigen Parkregime zu widersetzen.) Bezüglich der Erlassung von Baugenehmigungen wird der Vorschlag unterbreitet, daß in der Landschaftsschutzkommission der Provinz Bozen und in den entsprechenden Baukommissionen der Gemeinde Bormio und Valfurva ein Vertreter der Parkverwaltung aufgenommen werde. Was die Verwaltung des Parkgebietes innerhalb der

Provincia Bozen betrifft, wird der Vorschlag unterbreitet, daß die Verwaltung dieses Gebietes der Region übertragen werde. In Erwartung von konkreten Vorschlägen bezüglich vorliegender Entschließung von seiten der Parkverwaltung oder der staatlichen Forstverwaltung wird einstimmig beschlossen, jegliche Behandlung und Erörterung von Anträgen, die von seiten der Parkverwaltung vorgebracht werden, einzustellen (Grundverkäufe, Verpachtungen usw.). »

In diesem Zusammenhang darf ich schließlich noch mitteilen, daß sich die Parlamentarier der Provinz Bozen verpflichtet haben, sofort einen Gesetzentwurf im Parlament einzubringen, womit die Übertragung der Verwaltung des Parks innerhalb der Region auf die Region verfügt werden soll, und damit den Weg für eine Neuregelung durch die Region auf Grund ihrer primären Zuständigkeit für Parks und Forstwesen usw. freizumachen.

Zuletzt möchte ich darauf hinweisen, daß diese Anfrage und auch die vorausgehenden Zustimmung auch im Trientner Bereich des Nationalparks gefunden haben. Ich habe diesbezüglich eine Zuschrift erhalten, in der es heißt: « A conoscenza del Suo articolo per l'abolizione del Parco dello Stelvio noi di Cogolo assieme con quelli di Rabbi dove vi è un malumore perché propongono di ingrandirlo (man meint wohl die Zurückverlegung unter 1500 m) chiediamo di unirli a Voi per finirla con gli abusi e le frodi. Favorisca metterci in comunicazione . . . » usw.

(Nel frattempo è trascorso molto tempo e si sono registrati nuovi eventi o per lo meno si devono aggiungere nuove circostanze che completano il quadro della situazione. Questa è la terza interrogazione che presento nel corso dell'attuale legislatura in merito a tale questione di massima: la prima risale al 29 dicembre 1965, alla quale ha risposto il dott. Grigolli a

quel tempo assessore per l'economia montana e le foreste; la seconda è seguita il 9 dicembre 1967 ed ora la terza con data del 5 aprile scorso. Dal dicembre 1967 la Giunta provinciale aveva richiesto di inserire nella commissione mista che vorrei denominare commissione politica, perché dovrebbe occuparsi della regolazione costituzionale, un rappresentante della Provincia, affinché in seno ad essa sia rappresentata anche la Provincia di Trento. Abbiamo formulato la nostra richiesta il 19 dicembre, sollecitando poi la risposta scritta il 5 ed il 24 aprile, ma fino ad oggi non ci è pervenuto alcun scritto.

Inoltre vorrei accennare a qualche cosa di cui a mio avviso il Consiglio regionale non è ancora al corrente: da parte dei difensori della sovranità dello Stato sui parchi nazionali è stato sempre affermato, che si tratta anche di salvaguardare il rapporto esistente tra il Parco nazionale svizzero e quello dello Stelvio e che tale collaborazione e compito può essere curato soltanto dagli organi dello Stato e non dalla Regione ecc. In certo qual modo tale rapporto con il Parco nazionale svizzero è soltanto un pretesto per difendere la competenza dello Stato. Nel frattempo mi sono recato in Svizzera per informarmi sulla situazione di tale Parco ed ora vorrei indicare alcuni dati.

Il Parco nazionale svizzero comprende 16.800 ettari dunque un sesto del Parco nazionale dello Stelvio ed è un Parco di alta montagna. Tale estensione si trova per la maggior parte a quota superiore dei 2000 m s.l.m. di cui un terzo è zona boschiva ed i rimanenti due terzi è zona alpina al di sopra del bosco; non comprende alcuna area coltivata, alcuna località e neppure malghe ad uso economico. Si può dunque dire che si tratta di un tipico parco per la protezione della natura, comprendente soltanto zone che non interessano al settore agricolo e forestale, a differenza del Parco naziona-

le dello Stelvio che come sappiamo si estende per oltre 96.000 ettari, dei quali 51.000 appartengono al territorio della provincia di Bolzano, 23.000 a quello della provincia di Trento e 21.000 a quello della provincia di Sondrio; in val Venosta comprende l'intera parte destra della valle costeggiata dal Rio Ram, dunque a partire dal Comune di Glorenza o di Malles fino giù a Laces. Ivi sono compresi 10 comuni con 20.000 abitanti circa e con una intensità agraria di 60 unità, vale a dire le persone occupate in attività agricole in rapporto alle aree coltivate. Tale intensità è superiore, anzi assai superiore alla intensità agraria media dell'Italia settentrionale. Già da tale circostanza affiora l'assurdità di un Parco quale è quello dello Stelvio, a differenza di quello svizzero che come tale può essere senz'altro accettato e mi riferisco precisamente al suo concetto ed anche alla attuale realtà. È noto che la Provincia di Bolzano si batte per il concetto del territorio sottoposto alla protezione della natura e che applica rigorosamente la relativa legge basandosi sulla sua competenza per la tutela del paesaggio. È inoltre noto che non siamo contrari al concetto della protezione della natura come tale, anzi che facciamo di tutto per salvare quanto si può ancora salvare.

Come già detto il Parco svizzero comprende soltanto 16.000 ettari, un sesto del Parco nazionale dello Stelvio, interamente affittato dai cinque Comuni proprietari; l'attuale fitto per tale zona di alta montagna ammonta a 13 milioni di lire. Inoltre la Confederazione svizzera ha versato nell'anno 1963 — non posseggo dati più recenti — l'importo di 3 o 4 milioni a titolo di indennizzo per i danni causati dalla selvaggina del Parco nelle zone limitrofe. Nel Parco in parola vivono circa 1300 cervi e dal relativo prospetto risulta testualmente che tale selvaggina ed in particolar modo i cervi — infatti vi sono anche 1300 camosci — abbando-

nano durante l'inverno la zona di alta montagna per scendere a quote più basse ed anche in Val Venosta. Si informa dunque ufficialmente che tutti i cervi e caprioli abbandonano durante l'inverno il Parco. Ho esposto dunque brevemente la situazione riguardante il Parco nazionale svizzero.

Per concludere vorrei parlare di un terzo problema: dato che si sta continuando ad attivare le norme riguardanti il Parco nazionale ed il relativo regolamento da me indicato, e che quindi non si nota al riguardo alcun rallentamento, il 20 giugno 1968 il Presidente della comunità della Val Venosta, i sindaci di Stelvio, di Bormio e di Valfurva si sono incontrati al Passo dello Stelvio e tale incontro si è concluso con la seguente risoluzione:

« La legge nazionale dell'anno 1935, con la quale è stato costituito il Parco nazionale dello Stelvio, non soddisfa più le attuali esigenze e perciò è necessario provvedere ad una adeguata modifica. In primo luogo si devono rivedere i confini del Parco. Tale provvedimento di ridelimitazione dovrebbe essere attuato previo sopralluogo dalla Commissione consultiva, sentiti i rappresentanti dell'amministrazione locale, della Provincia, della Regione e dell'unione contadina. Inoltre sarebbe opportuno portare i confini ad una giusta quota da non ostacolare l'attività e lo sviluppo agricolo e turistico. (Infatti l'Ente provinciale per il turismo ed il soggiorno della Provincia di Bolzano ha già preso posizione in merito.) Il Parco nazionale dello Stelvio dovrebbe dunque essere classificato Parco soggetto a controllo in cui i capi della selvaggina adulta non dovranno superare un certo numero. (Tale circostanza è importante in considerazione della significativa decisione dei Comuni di opporsi all'attuale regime del Parco.) Per quanto riguarda il rilascio delle licenze di costruzione si propone che nella Commissione della tutela del paesaggio della Pro-

vincia di Bolzano e nelle relative Commissioni per l'edilizia dei Comuni di Bormio e Valfurva, venga inserito un rappresentante dell'amministrazione del Parco. Per quanto riguarda invece l'amministrazione della zona del Parco entro i confini della provincia di Bolzano, si propone che l'amministrazione di tale territorio venga trasferita alla Regione. In attesa che l'amministrazione del Parco o l'amministrazione forestale dello Stato presenti proposte concrete in relazione alla presente risoluzione, si delibera all'unanimità di sospendere ogni trattazione e discussione delle richieste che saranno avanzate dall'amministrazione del Parco (vendite di terreno, contratti di affitto ecc.) »

In proposito posso anche comunicare che i parlamentari della provincia di Bolzano si sono sentiti in dovere, di presentare subito in Parlamento una proposta di legge tendente a trasferire l'amministrazione del territorio regionale del Parco alla Regione stessa per dare in tal modo alla Regione la possibilità di attuare una nuova regolazione basandosi sulla sua competenza primaria in materia di parchi e di foreste.

Infine vorrei ancora accennare al fatto che le mie interrogazioni, sia quelle precedenti, sia questa posta ora in discussione, hanno avuto pure l'approvazione degli ambienti trentini interessati al Parco nazionale in parola, essendomi pervenuta la seguente missiva: « A conoscenza del Suo articolo per l'abolizione del Parco dello Stelvio noi di Cogolo assieme a quelli di Rabbi dove vi è un malumore perché propongono di ingrandirlo (si intende naturalmente di riportare i confini a quota 1500 m) chiediamo di unirvi a Voi per finirlo con gli abusi e le frodi. Favorisca metterci in comunicazione . . . » ecc.)

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Giunta.

GRIGOLLI (Presidente G.R. - D.C.):
Da quanto ora ha esposto il cons. Benedikter ad illustrazione della sua interrogazione, ritengo che si possa ricavare qualche linea di condotta che dovrebbe trovare sufficienti possibilità di intesa, e per quanto riguarda gli auspici espressi dal consigliere interrogante e per quanto riguarda gli intendimenti della Giunta. Anzitutto mi piace sottolineare come il cons. Benedikter abbia fatta sua la sensibilità, che è anche della Giunta e che immagino sia dell'intero Consiglio, intorno a questo ordine di problemi, problemi cioè che investono un bene naturale: la tutela e la valorizzazione di certe zone, che sono tra le più caratteristiche dal punto di vista paesistico e dal punto di vista della fauna e della flora. Una sensibilità quindi che può farci onore. D'altra parte è una sensibilità questa che non è solo locale, ma che si va attraverso la pubblica opinione estendendo non solo in Italia, non solo nella nostra regione, ma in tutta Europa. Per quanto riguarda in particolare il problema dello Stelvio, è noto a tutti come esso esista in forza di una legge, la legge del '35, alla quale si è richiamato il cons. Benedikter. È certo che questa legge e la esistenza conseguente del parco ha determinato problemi complessi e per gli enti pubblici e per i cittadini, poiché di fronte a questi temi è ravvisabile la necessità che quel tanto di meglio o di più utile che si possa realizzare, avvenga sentendo le autorità responsabili, non soltanto, ma sentendo anche le popolazioni interessate, direttamente interessate, nell'ambito dei confini del parco nazionale dello Stelvio. Noi siamo consapevoli, come Giunta regionale, di questa esigenza, e sappiamo bene come per quell'aspetto specifico toccato nella sua interrogazione dal cons. Benedikter, quello della dimensione, della superficie del parco, vada fatto un particolare discorso. E noi già abbiamo trovato presso gli amministratori del parco, con i quali ci siamo incon-

trati recentemente, una sensibilità idonea a fare questo discorso. Io condivido quanto si è affermato: che non tutto il parco, nell'attuale dimensione, può essere sottoposto alla stessa tutela. Il riferimento che è stato fatto al parco nazionale svizzero mi pare che sia indicativo anche di un metodo che potremmo seguire, cioè a dire che non solo la superficie del parco potrà essere rivista, ma che all'interno del parco, nel suo definitivo assetto, possano esserci diversi criteri e diversi regimi di tutela, in dipendenza di quanto è contenuto all'interno della superficie del parco e di quanto può essere più precisamente da conservare e quanto possa essere invece sottoposto ad un regime misto e non quindi di assoluta tutela. Comunque conveniamo sul fatto che il parco dello Stelvio è un bene positivo, da utilizzare, da valorizzare, e su questo credo che non esistano intendimenti diversi. Però esiste il problema di affrontare la tematica molto complessa delle competenze di raccordare gli enti tra di loro, i quali hanno, in base alle leggi esistenti, competenza a operare nell'ambito del parco. Sappiamo già come esista la legge dello Stato del '35, come esistano delle precise competenze regionali, iscritte nello Statuto, come esistano anche competenze provinciali, che riguardano l'aspetto dell'urbanistica, l'aspetto della tutela del paesaggio, così come quelle regionali riguardano la flora e la fauna e i parchi naturali in generale. E dobbiamo tener conto del fatto che la provincia di Bolzano ha legiferato in materia di tutela del paesaggio, ciò che non è avvenuto nell'ambito della provincia di Trento, mentre quella di Trento ha legiferato in materia urbanistica, ciò che non è avvenuto in provincia di Bolzano; il che rende a sufficienza l'idea, mi pare, di una complessità di convergenza di competenze, tale che richiede, quanto meno nell'attuale fase, una esigenza di coordinamento. Io dico che in questa fase, appunto per questi motivi che ho e-

spresso, non sarebbe giustificata, mi pare, né produttiva, rispetto a quel bene essenziale che è il Parco dello Stelvio, un'azione unilaterale da parte dell'uno o dell'altro ente, un'azione puramente rivendicativa. Mi pare che valga il criterio di ricercare in questa fase, in questo momento, un'azione il più possibile collegiale e concordata, premesso che, a mio giudizio, esistono le buone volontà per realizzare sufficienti intese dal punto di vista dell'andamento delle cose all'interno del parco. Quindi questa buona volontà mi pare vada richiamata; per parte nostra esiste e sicuramente sarà ritrovata anche presso altri enti. Ma dico che a fronte anche di quanto ha annunciato poco fa il cons. Benedikter, cioè di una iniziativa parlamentare della S.V.P., immagino tendente a regolamentare dal punto di vista statutario, nel profilo delle competenze regionali, il parco, io esprimo a nome della Giunta un avviso poco più completo, cioè io faccio qui la proposta che possa essere formata una commissione mista, rappresentativa e della Regione e delle Province di Trento e di Bolzano, che hanno ambedue interesse, oltre che competenza, nell'ambito degli attuali confini del parco, e rappresentativa dello Stato, la quale commissione studi un disegno di legge-voto che il Consiglio regionale potrebbe fare proprio e che noi potremmo poi attraverso le vie pertinenti, anche di una rappresentanza, di una sottoscrizione da parte di tutti i parlamentari della Regione, potrebbe trovare il suo corso molto più sollecito e rapido in Parlamento, affinché questa legge-voto diventi in effetti una legge, ma per le sue premesse possa avere maggiori possibilità di essere approvata, rispetto al normale strumento della legge-voto, che sappiamo bene come non abbia quasi mai sortito gli intendimenti e i propositi che ci proponevamo. Quindi è una proposta che noi facciamo in modo formale, affinché si addivenga alla formazione di questa commissione, che rappresentati-

va in modo sufficiente di tutte le volontà degli enti interessati, potrà avere a maggior ragione possibilità di rapida o quanto meno più sollecita discussione e approvazione in sede parlamentare.

Per quanto riguarda poi specifici problemi, rispondo in modo molto stringato al cons. Benedikter, riferendomi all'interrogazione presentata. Per quanto riguarda la commissione mista di studio, composta da rappresentanti dello Stato e della Regione, istituita nel '66 dal Ministero dell'agricoltura, è vero che dopo aver avuto una certa attività iniziale nel '67, tale commissione non ha più funzionato, anche in relazione alle recenti scadenze della legislatura. Noi abbiamo già sollecitato presso il precedente Ministro ed abbiamo ora nuovamente sollecitato presso l'attuale Ministro dell'agricoltura, la convocazione di questa commissione. Io ritengo che anche in dipendenza di una attenzione rinnovata che noi poniamo a questo tema e di una attenzione che mi pare di aver trovato in modo abbastanza eloquente presso il Ministero, questa commissione possa adesso rimettersi allo studio, tenendo conto che nel frattempo il Ministero agricoltura e foreste si è dichiarato favorevole a inserire nel comitato misto anche i rappresentanti delle Province autonome.

Per quanto riguarda poi il comitato consultivo previsto dalla legge del '35, quella che istituisce il parco, è noto che in questo comitato non è presente la Regione, mentre sono presenti le Province. Noi riteniamo che appunto in virtù delle interconnessioni di rappresentanza, di competenza, che esistono presso i vari enti, sia logico e fondato che anche la Regione faccia parte di tale comitato. Di tale problema in ogni caso si potrà tener conto in sede di predisposizione del disegno di legge al quale mi sono riferito poco fa; e del resto non esistono atteggiamenti negativi di principio presso il Mini-

stero dell'agricoltura, anzi l'atteggiamento è positivo.

Per quanto riguarda il problema degli indennizzi ai contadini, le cui colture siano state danneggiate dagli animali, presso il nuovo amministratore, anche nel recente incontro, abbiamo risollevato la questione. Abbiamo trovato disponibilità a intendere, a colloquiare e a trovare intese, quali già in notevole misura si sono trovate con i contadini, e già si è provveduto alla liquidazione di indennizzi per un milione 300 mila lire circa, a seguito di stime fatte con buona larghezza rispetto ai danni arrecati alle colture dei cervi. Ma io ritengo che il clima che ora esiste presso il nuovo amministratore favorirà ulteriori intese con gli abitanti della zona.

Per quanto riguarda altri problemi, come quelli della utilizzazione del patrimonio boschivo da parte dei comuni all'esercizio della caccia e della pesca, abbiamo accertato che essi sono in corso di discussione, attraverso un dialogo con gli enti locali, con associazioni locali, con gli interessati del luogo. Io ritengo che anche sotto questo profilo, a parte quant'altro potrà decidere un altro disegno di legge che abbiamo proposto di elaborare, in questa fase, in ogni caso, tutta questa problematica possa essere avviata in modo tale da trovare determinati consensi anche presso la popolazione.

Con ciò, ripeto, credo che quanto sta a cuore al consigliere interrogante e che trova larga disponibilità di considerazione da parte nostra, possa essere considerato in questo momento in fase di positiva evoluzione, in modo da regolamentare questa tematica, che ho già detto quanto sia complessa dal punto di vista giuridico, ma che pensiamo di poter comunque portare positivamente a soluzione.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Herr Präsident des Regionalausschusses! Ich muß feststellen, daß Ihre Stellungnahme, Ihre Antwort vom 28. Januar 1966 viel konkreter und autonomiefreundlicher war. An Ihrer heutigen Antwort muß ich in aller Aufrichtigkeit aussetzen, daß Sie mehr von Theorie als von Wirklichkeit gesprochen haben, denn im Parkgebiet — wie ich vorgelesen habe — besteht seit einigen Monaten ein regelrechter Konflikt zwischen Gemeinden, Fraktionen, also örtlichen Verwaltungen und der Parkverwaltung. Denn zum Unterschied vom Regime, das bis Anfang 1968 geherrscht hat, verlangt nun der Parkverwalter tatsächlich, daß jeglicher Bau, jegliche Holzschlägerung von der Parkverwaltung eigens bewilligt werden muß; außerdem ist die Jagd und Fischerei untersagt. Dem Umstand, daß jetzt der Parkverwalter, sicher auf Weisungen von Rom, das Gesetz, das 33 Jahre toter Buchstabe geblieben ist, und die Durchführungsbestimmungen jetzt, nachdem eine eigene Kommission eingesetzt worden ist, um die verfassungsrechtliche Frage zwischen Staat und Region zu regeln, aktivieren will, und zwar gegen Zusicherungen, die er selbst in Schlanders gegenüber der Talgemeinschaft gegeben hat, und gegen das, was er in Rom auch mit dem Kollegen Kapfinger vereinbart hat, muß unmittelbar abgeholfen werden. Aber nicht durch die Bildung einer Kommission im Rahmen des Regionalrates und durch das Einbringen eines Votumsgesetzes, denn ich muß feststellen, daß die Votumsgesetze des Regionalrates der Region Trentino-Südtirol, zum Unterschied der Votumsgesetze z.B. der Region Sizilien, alle regelrecht versandet sind. Ich möchte das Einbringen eines Votumsgesetzes nicht befürworten, sondern davon abraten, weil damit nur Zeit verloren geht.

Ich wäre der Ansicht, daß der Gesetzentwurf, wie er von unseren Parlamentariern ein-

gebracht wird, mit der Region abgestimmt werden soll, die, wie ich annehme, mit der Überleitung der Parkverwaltung einverstanden ist, und daß dann der Regionalausschuß dafür Sorge trägt, daß auch die anderen Parlamentarier des Trentino denselben mitunterschreiben. Auf diese Weise erreichen wir ein schnelleres Verfahren. Ich glaube jedenfalls nicht, daß der Parkverwalter, von dem ich annehme, daß er auf Weisungen handelt, etwas ändern kann, sondern daß das von Rom ausgehen muß, sei es was die sofortige Einstellung dieser Aktivierungsversuche betrifft, sei es was die endgültige Regelung anbelangt; ich glaube nicht, daß wir durch Abkommen mit dem Parkverwalter irgendwelchen Fortschritt erzielen können.

Herr Präsident! Sie haben es am 28. Januar 1966 z.B. als einen Erfolg der Region hingestellt, daß die Parkgrenze auf 1500 m hinaufgesetzt wurde und dadurch, wie Sie sagen, die Gebietsfläche des Parkes reduziert wurde. Dadurch würden auch die vom Wild verursachten Schäden reduziert. Außerdem haben Sie gesagt, es sei diese gemischte Kommission eingesetzt worden, die das verfassungsrechtliche Problem erledigen soll. Die Kommission ist bis heute noch nicht zusammengetreten. Bitte, das ist zwar nicht Ihre Schuld, aber die Tatsache besteht nun einmal. Sie wissen, das Problem besteht seit Beginn der Autonomie, sagen wir zumindest seit 1952, als der Regionalrat ohne Gegenstimme beschlossen hatte, den Park abzuschaffen, und daß die Region in einer anderen Art und Weise für den Schutz der Flora und Fauna sorgen soll. Wenn Sie die interessierte Bevölkerung befragen, so ist diese nach wie vor derselben Ansicht. Diese Resolution ist damals auf Beschluß aller interessierten Gemeinden, auch des Trentino, erfolgt.

Ich möchte noch an ein Detail erinnern: Bei Erlaß der Durchführungsbestimmungen

vom 30. Juni 1951 war ein Artikel vorgesehen, wonach die Verwaltung des Parkes staatlich bleiben sollte. Dieser Artikel wurde dann auf Protest unseres Vertreters fallen gelassen. Allerdings ist dann keine positive Bestimmung bezüglich einer Übergabe der Parkverwaltung eingefügt worden, was man damit erklären könnte, daß ja eine eigene Parkverwaltung vorhanden war. Andererseits sind aber alle Ämter und Dienste und das gesamte Personal des Landwirtschafts- und Forstministeriums auf die Region übergeleitet worden.

Es geht also wenschon darum, erstens die Zuständigkeit auf die Region zu übertragen, zweitens den Park zu reduzieren und nicht verschiedene Regime in verschiedenen Teilen einzusetzen. Es muß der Park als Naturschutzpark wenschon reduziert werden, und zwar auf die Ausmaße des Schweizer Nationalparks. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß die Region ja das gesamte Gebiet des heutigen Parkes als Kompensorium für die Bergbonifizierung erklärt hat, die entsprechende Verwaltung dafür errichtet hat und daß Bebauungspläne im Gebiete des Nationalparks mit Landesgesetz genehmigt werden; all dies steht im Widerspruch mit dem Parkregime.

Damit möchte ich sagen, daß ich mit dieser allzu theoretischen und vagen Antwort des Herrn Präsidenten nicht zufrieden bin.

(Signor Presidente della Giunta regionale! Devo constatare che la Sua presa di posizione, la sua risposta del 28 gennaio 1966 è stata più concreta e più incline al concetto autonomistico. Devo dire con tutta sincerità che oggi Ella rispondendo alla mia interrogazione ha parlato più di teoria che della realtà, perché da alcuni mesi nella zona del Parco — come da me testé letto — esiste un vero e proprio conflitto fra Comuni e relative frazioni, dunque amministrazioni locali, e l'amministrazione del Parco. Infatti a differenza del regime esi-

stente fino all'inizio del 1968, l'amministratore del Parco pretende veramente che ogni opera e qualsiasi taglio di piante siano appositamente autorizzate dall'amministrazione in parola; inoltre è proibita la caccia e la pesca. Bisogna quindi porre immediatamente rimedio alla circostanza, che l'amministratore del Parco, seguendo sicuramente le istruzioni impartitegli da Roma, intende attivare la legge ed il relativo regolamento, che per 33 anni sono rimasti lettera morta, proprio nel momento in cui è stata insediata una apposita commissione per regolare la questione costituzionale esistente fra Stato e Regione. Tale iniziativa è in netto contrasto con le assicurazioni fatte a Silandro dallo stesso amministratore alla Comunità di valle e con quanto egli ebbe a stabilire a Roma con il collega Kapfinger. Per rimediare a tutto ciò è inutile istituire una commissione nell'ambito del Consiglio regionale e presentare una legge voto, perché devo constatare che le leggi voto del Consiglio regionale del Trentino - Alto Adige, a differenza per esempio delle leggi voto della Regione siciliana, si sono tutte arenate. Non intendo perciò favorire la presentazione di una legge voto, anzi vorrei sconsigliare di prendere tale decisione, perché sprechiamo inutilmente del tempo.

Sarei invece dell'avviso che il disegno di legge tale e quale è stato presentato in Parlamento dai nostri parlamentari dovrebbe essere concordato con la Regione, ritenendo che l'amministrazione regionale stessa non abbia nulla in contrario al trasferimento dell'amministrazione del Parco; inoltre la Giunta regionale dovrebbe adoperarsi, affinché detta legge venga firmata anche dai parlamentari del Trentino. In tale modo si potrebbe raggiungere una procedura più rapida. Tuttavia non credo che l'amministratore del Parco possa mutare di sua iniziativa lo stato delle cose, perché egli come presumo sta seguendo le istruzioni ricevute. Il pro-

blema dunque dell'immediata sospensione dei tentativi di attivazione nonché quello di una regolazione definitiva, dovrà essere risolto a Roma, e non credo che si possa ottenere qualche cosa venendo ad un accordo con l'amministratore in parola.

Signor Presidente! Ella il 28 gennaio per esempio aveva considerato un successo della Regione il fatto che i confini del Parco erano stati riportati a quota 1.500 metri essendo stata in tal modo, come Ella stessa ha affermato, ridotta l'area del Parco, e con essa l'entità dei danni causati dalla selvaggina; Ella ha aggiunto inoltre, che è stata insediata questa Commissione mista per risolvere il problema di carattere costituzionale. Detta commissione non si è ancora riunita. Ella naturalmente non ne ha colpa, ma purtroppo questo è lo stato delle cose. Ella è a conoscenza che il problema esiste ancora dall'inizio dell'autonomia, diciamo almeno dal 1952, anno in cui il Consiglio regionale aveva deciso all'unanimità di abolire il Parco, obbligando la Regione di proteggere in altro modo la fauna e la flora. Se Ella interpella la popolazione interessata potrà constatare che la stessa non ha mutato opinione. Questa risoluzione era stata elaborata allora sulla base delle delibere dei Comuni interessati compresi quelli del Trentino.

Vorrei rammentare un piccolo dettaglio: nelle norme di attuazione del 30 giugno 1951 era stato previsto un articolo secondo il quale l'amministrazione del Parco avrebbe dovuto rimanere statale, ma all'atto dell'emanazione l'articolo in parola è stato stralciato su protesta del nostro rappresentante. Comunque per quanto riguarda il trasferimento dell'amministrazione del Parco non era stata inserita alcuna norma positiva, e ciò si potrebbe spiegare con il fatto che allora non esisteva una vera e propria amministrazione. D'altronde però tutti gli uffici, servizi e personale del Ministero dell'agricoltu-

ra e delle foreste sono stati trasferiti alla Regione.

Innanzitutto si tratterebbe di trasferire la competenza alla Regione, in secondo luogo di ridurre il Parco e di non instaurare diversi regimi nelle singole zone. In tal caso si dovrebbe ridurre il Parco come territorio sottoposto alla protezione della natura e precisamente nella misura del territorio del Parco nazionale svizzero. Non si deve dimenticare inoltre che la Regione ha dichiarato l'intera zona dell'attuale Parco, comprensorio per la bonifica montana istituendo pure la relativa amministrazione, e che inoltre con leggi provinciali si approvano piani regolatori relativi alla zona in parola; ma tutto ciò contrasta con il regime del Parco.

Vorrei ancora aggiungere che non mi posso dichiarare soddisfatto della risposta del signor Presidente perché troppo teorica e vaga.)

PRESIDENTE: Interrompiamo ora la trattazione delle interrogazioni e interpellanze, che riprenderemo domani mattina.

CONSIGLIERE: (Interrompe).

PRESIDENTE: Bene, allora facciamo ancora un'interpellanza che riguarda l'assessore Raffaelli, perché domani non c'è. Ora guardiamo se c'è il cons. Vinante, perché al cons. Vinante avevo detto che oggi non si sarebbe trattata.

Il cons. Vinante non c'è, perciò riprendiamo la discussione sul disegno di legge n. 144: « Agevolazioni creditizie per favorire, presso le aziende industriali del ramo chimico-metalurgico, le installazioni idonee alla eliminazione dei fumi nocivi ».

In discussione generale ha chiesto la parola il cons. Tanas.

TANAS (P.S.U.): Signor Presidente, signori consiglieri, il disegno di legge che stiamo discutendo da ieri è stato oggetto di accurati interventi da parte di tutti i settori del Consiglio regionale. Anche se dal punto di vista dell'intervento economico - finanziario è modesto — si parla di 32 milioni per dieci anni; in confronto a quello che è il bilancio mastodontico della nostra Regione, 32 milioni costituiscono veramente una piccola parte — lo spirito del disegno di legge anzi l'interpretazione di questo disegno di legge è stato motivo di una discussione. Io penso che lo spirito che ha spinto la Giunta regionale a presentare il disegno di legge in discussione, è quello appunto di por fine o per lo meno diminuire l'inquinamento atmosferico. E questo è un problema molto delicato, un serio problema sanitario. Inquinamento atmosferico che è causato soprattutto nei centri urbani da moderne installazioni di riscaldamento, dalla circolazione degli autoveicoli e soprattutto dagli impianti industriali. Ne derivano quindi danni alla salute pubblica, ne derivano danni all'agricoltura — abbiamo sentito ieri rievocare i fatti di Chizzola — danni allo stesso paesaggio, che viene deturpato. Quindi è un problema veramente serio, un problema che è sentito da tutti, un problema che è sentito dalle popolazioni — e sappiamo come si sono mosse le popolazioni del basso Trentino — problema che è sentito dagli operatori turistici, dagli stessi enti provinciali del turismo — interventi sono stati fatti recentemente dagli operatori e dagli enti provinciali del turismo presso l'assessore regionale al turismo — non solo, ma è sentito dalla Stampa ed è sentito dagli studiosi. Ora io mi pongo questo interrogativo, signori consiglieri: davanti a un problema così delicato, così importante, poteva la Regione rimanere indifferente? Io dico: no, non poteva rimanere indifferente. Quindi ha fatto bene la Giunta regionale a presentare quel disegno di legge che stiamo

ora discutendo. Noi socialisti approviamo quindi lo spirito di questa legge, anche se ci sono state delle interpretazioni, date soprattutto dai colleghi della sinistra e dal collega Jenny, che cercheremo di chiarire; interpretazioni che per noi sono errate. Si dice, da parte delle opposizioni, che questa legge è fatta esclusivamente per fare un piacere ai gruppi monopolistici. Ora noi respingiamo queste affermazioni, perché diciamo che questa legge è fatta proprio per gli scopi che ho illustrato poco fa. Ovvero sia l'intenzione, lo spirito della legge è quello di diminuire l'inquinamento atmosferico. Quindi non vogliamo assolutamente fare dei piaceri a nessuno, soprattutto ai grandi gruppi monopolistici. A questo proposito io devo annunciare che il gruppo socialista ha presentato un emendamento alla legge stessa, un emendamento che chiarisce, direi quasi che modifica la legge, ma chiarisce quello che è lo spirito della legge. Infatti all'art. 1, allorché si dice: « allo scopo di favorire l'eliminazione delle esalazioni e dei fumi nocivi prodotti dagli stabilimenti industriali del settore chimico-metallurgico », noi abbiamo presentato un emendamento soppressivo delle parole « del settore chimico-metallurgico », proprio per aprire a tutti la legge. Collega Gouthier, non credo che sia una barzelletta; questa è una presa di posizione, proprio dopo aver ascoltato le false, errate interpretazioni che sono state date da altri settori. Quindi si potrà dire: la legge è allargata a tutti. Poi vi dirò anche il perché ci sono delle zone che vengono inquinate, non solo dagli stabilimenti industriali chimico-metallurgici; ci sono i cementifici che deturpano il paesaggio e inquinano l'atmosfera, forse più della stessa Montecatini. Abbiamo sentito parlare di Chizzola, abbiamo sentito parlare di Ala; io allora vi voglio parlare di Riva. Da un certo periodo, ovvero da quando il cementificio di Riva, che è nella zona fra Riva e Arco, in località Ceole, ha

rinnovato gli impianti, quotidianamente Riva, il Basso Sarca e l'Alto Garda è invaso da una nuvola di fumo, prodotto proprio da questo cementificio. E ci sono già state reazioni soprattutto dalla stampa; ci sono state prese di posizione da parte di operatori turistici, dalla stessa popolazione. Ora io dico: perché questa legge non deve operare anche a favore di queste industrie, che appunto non appartengono al settore chimico-metallurgico. Dobbiamo cercare di eliminare questi danni. E noi, con l'emendamento che abbiamo presentato, intendiamo chiarire lo spirito della legge e intendiamo allargare la legge, anche se, lo ripetiamo, sappiamo che i fondi sono molto ma molto modesti. Noi sappiamo che alla fine, a metà dell'esercizio finanziario, quando ormai il programma economico è già stato fatto per l'esercizio corrente, è difficile trovare somme disponibili in più. Però noi preghiamo caldamente la Giunta e l'assessore competente a voler studiare la possibilità di aumentare i fondi o per lo meno di rifinanziare quanto prima questa legge.

Ecco, questo noi volevamo dire e quindi vogliamo ridimensionare un po' quelli che sono stati altri interventi, per chiarire che né la Giunta e tanto meno i socialisti intendono presentare leggi per favorire esclusivamente i gruppi industriali. Quindi io voglio tranquillizzare il collega e compagno Jenny e lo voglio assicurare che i socialisti non intendono operare a favore di determinati gruppi monopolistici, ma intendono cercare di eliminare dei guai che sono prodotti appunto da questi fumi.

Ora io prego l'assessore competente, prima di tutto di voler accettare l'emendamento presentato dal nostro gruppo, dal gruppo socialista, e poi di studiare la possibilità di aumentare i fondi a disposizione di questa legge. Per il resto, annuncio fin d'ora che il gruppo socialista darà voto favorevole al disegno di legge in discussione.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Signor Presidente, anch'io mi sono un poco stupito ieri nel sentire alcuni interventi che si sono avuti in quest'aula, anche perché è nota a tutti l'origine di questo disegno di legge, di questi provvedimenti che la Regione intende assumere, proprio anche nei confronti di particolari industrie. E anche se non fosse una legge che apre le possibilità di intervento in tutti i casi, cosa che anch'io mi auguro, come ha detto il gruppo socialista, noi saremo favorevoli all'accoglimento dell'emendamento ora illustrato. L'origine di questo disegno di legge bisogna farla risalire ancora al 1965, quando si è discusso un altro grave problema, riguardante gli interventi per le industrie del forno elettrico. E già in quella occasione si erano avute alcune prese di posizione, mi ricordo allora, da parte sia della maggioranza che da parte della S.V.P. Ora se si vuol venir qui a fare — mi scusino i colleghi che hanno parlato ieri — un po' di demagogia, è possibile farne su tutti i disegni di legge. Quando si tratta di dare dei finanziamenti a delle industrie, particolarmente quando sono industrie di questa portata e di questo volume, è ben facile che da qualche settore si dica che l'ente pubblico viene in aiuto e viene in concorso ai grandi complessi monopolistici. A noi pare che questo intervento debba essere approvato, non soltanto per il caso in se stesso, che è un caso importante. Evidentemente anche la relazione illustrativa l'ha richiamato. Si tratta di cercar di evitare i danni che un insediamento industriale di una certa mole e di una certa estensione, inevitabilmente, se non si corre a certi ripari di natura tecnica, come questi del contenimento dei fumi, inevitabilmente arreca alle campagne, alle popolazioni vicine, apportando per lo meno dei disagi di natura econo-

mica, quando addirittura non apportino dei disagi o qualche cosa di più anche sul piano della salute dei cittadini che vivono vicino a queste grandi industrie. Ma indipendentemente da questo, crediamo che un disegno di legge di questo tipo debba essere approvato, perché ci sembrerebbe una politica contraddittoria quella dell'ente pubblico, nel caso in cui non pensasse anche a questi settori di intervento. Non si può infatti volere contemporaneamente la estensione e l'intensificazione del processo di industrializzazione in una determinata zona e poi lamentarsi di quelle che sono le conseguenze che qualsiasi opera umana ha anche di natura negativa, in questo caso di natura fortemente negativa, oppure non voler intervenire. È il sistema di colui che vuole avere contemporaneamente la botte piena e la moglie ubriaca. Se vogliamo industrializzare questa nostra regione e se riconosciamo, come ormai è riconosciuto da tutti, che un'industria sviluppa non soltanto una funzione di natura economica, ma in paesi particolarmente come il nostro, in una zona particolarmente come la nostra, sviluppa anche una funzione di natura sociale, in quanto aumenta l'occupazione, aumenta il reddito generale e pro capite, non si può poi, se non contraddicendosi, negare che l'ente pubblico, allo stesso modo come fa determinati interventi per sviluppare l'industrializzazione, ne faccia anche alcuni che corrispondano allo stesso fine, cioè che aumentino o mantengano gli insediamenti industriali, rendano possibile aumentare l'industria e i posti di lavoro e contemporaneamente cerchi di evitare quegli alcuni casi dannosi che determinate industrie inevitabilmente con sé comportano. Il problema della salute è un problema che dovrà essere esaminato a parte. Meglio se con questo provvedimento si riuscirà in qualche modo anche ad alleggerire i danni effettivi o supposti che queste alcune industrie in particolare hanno creato, o si dice

che abbiano creato, nelle popolazioni vicine all'insediamento in cui esse si trovano. L'ente pubblico perciò a mio avviso fa bene, proprio per una coerenza con la politica di industrializzazione, ad intervenire anche in questo senso e anche per queste finalità. La legge avrebbe potuto prestarsi, tuttavia, signor assessore, ad una critica, se venisse mantenuta così come essa è e se non venisse accolto quello che è stato l'emendamento presentato dal gruppo socialista. Potrebbe prestarsi ad essere interpretata effettivamente come una legge che è rivolta soltanto ed esclusivamente a un determinato caso, a due determinati casi, e allora potrebbe anche prestarsi alla supposizione che si voglia in questo modo favorire una determinata industria, un determinato complesso industriale. Non c'è nessun dubbio che per Bolzano e per Mori ci troviamo di fronte a dei casi macroscopici, i più grossi e i più gravi anche, sia dal punto di vista dei fumi, come si dice, dell'ammorbamento dell'aria e via dicendo, sia anche, per quanto riguarda la Montecatini di Mori, per quelle che sono state le conseguenze sulla salute pubblica dei cittadini insediati e abitanti vicini. Ma esistono indubbiamente anche altri casi, anche altri numerosi casi, nei quali un intervento che consentisse alle industrie o di installare o di perfezionare i congegni e i sistemi di contenimento — io non parlo soltanto dei fumi, vorrei parlare, per esempio anche delle acque, perché anche quelle possono essere gravemente inquinate, se non si attuano quei processi di depurazione e via dicendo — un intervento di questo tipo, reso possibile per tutti i casi nei quali se ne riconosca la necessità ai fini del bene e dell'interesse pubblico, e contemporaneamente anche la inevitabilità dal punto di vista della conduzione economica dell'industria, un intervento di questo tipo è, a nostro avviso, positivo ed è utile ed è bene anche il farlo. Concludo dicendo che il gruppo liberale vote-

rà a favore di questo disegno di legge, auspicando però che venga tolta quella limitazione di cui al 1° comma dell'art. 1, in modo che si dimostri anche che non è un provvedimento ad hoc, indirizzato soltanto ad una o ad un'altra industria, ma è un provvedimento di ordine generale, che vorremmo portare avanti, naturalmente compatibilmente con quelle che sono le necessità e le possibilità di bilancio. Di questo non c'è dubbio. Ma almeno affermare il principio che questo intervento è estensibile a tutti i casi che rivelino la necessità di provvedere in tal senso, questo, a nostro avviso, deve essere il carattere della legge che andiamo per approvare. Con questi suggerimenti e con la dichiarazione che voteremo a favore dell'emendamento ora presentato, che ci auguriamo venga accolto dalla Giunta e dalla maggioranza, ripeto che il gruppo liberale voterà a favore di questo disegno di legge.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? La parola al cons. Gouthier.

GOUTHIER (P.C.I.): Signor Presidente, il tono degli interventi dei colleghi che mi hanno preceduto, ci suggeriscono alcune precisazioni. Noi riteniamo che questo disegno di legge abbia un'importanza notevole, sia per la materia che affronta, sia per il modo come l'affronta, perché è un disegno di legge che indica chiaramente qual è la linea politica in materia di industria che la Giunta persegue. Noi riteniamo cioè che sia una scelta, questa contenuta nel disegno di legge, non puramente tecnica, ma sia una scelta politica. Ed è per questo che intendiamo illustrare a fondo il nostro pensiero. L'argomentazione che troviamo nella relazione, cioè la motivazione del disegno di legge, in pratica, è quella solita tradizionale, che abbiamo riscontrato e criticato, per quanto riguarda la politica di incentivazione industria-

le, in questi quattro anni della presente legislatura. È un atteggiamento cioè, quello della Giunta regionale e dell'assessorato, di passività, di acquiescenza nei confronti dei più grossi gruppi, che noi chiamiamo, e a ragione, monopolistici. Non è un titolo spregiativo, è un titolo che riflette una realtà oggettiva delle cose. Quando noi vediamo nella relazione l'argomentazione tipo, classica, e cioè che questi gruppi si trovano in difficoltà per le grosse spese che sono state sostenute o che dovranno essere sostenute per l'installazione degli impianti di depurazione, che questi grossi gruppi sono in difficoltà per l'acuirsi della concorrenza in sede di mercato comune, noi dobbiamo rilevare che si tratta di un discorso parziale, di un discorso incompleto, di un discorso che non tiene conto della realtà economica e generale. Perché se un miliardo o qualcosa di più o di meno può essere una spesa insostenibile per un certo tipo di azienda, per un'azienda come la Montedison, che è il primo complesso italiano ed uno dei più grandi complessi europei, la spesa può gravare sul bilancio, ma non è detto che debba gravare sulla collettività, specialmente quando l'attività produttiva dell'azienda viola i diritti dei cittadini comuni, e li viola non solo all'esterno, ma anche all'interno della fabbrica, come è emerso dal dibattito sulla nostra interpellanza a proposito dei casi mortali di infortuni sul lavoro all'interno della stessa azienda in Bolzano. Ora l'atteggiamento della Giunta e dell'assessorato, un atteggiamento di passività e di acquiescenza, non può essere accettato, perché così facendo noi avalliamo ed appoggiamo in concreto scelte di politica economica che non possiamo accettare. Noi ci poniamo sul filone della esenzione di 40 miliardi concessa dal Governo per la fusione tra Montecatini ed Edison. Era il modo questo di incentivare una certa politica industriale? Nossignori, è un modo sbagliato, eppure il Governo l'ha

fatto. E noi dando altre decine di milioni a questi nostri monopoli, facciamo gli interessi non della collettività e nemmeno del Trentino-Alto Adige, ma facciamo gli interessi di una grande azienda. Questo è il problema: il problema se una politica di un'azienda deve necessariamente identificarsi con gli interessi della collettività. Noi lo contestiamo, tanto più che questa azienda non dimostra di rispettare e non ha dimostrato di rispettare gli interessi della collettività fuori e dentro i cancelli della fabbrica stessa. È per questo, ripeto, che noi criticiamo il comportamento, la scelta politica della Giunta. Il problema non è quello di dire: se noi non diamo delle somme, ci mettiamo in contraddizione con le scelte sulle quali noi insistiamo, di incentivazione e di sviluppo economico. Non esiste questa alternativa, come non esiste la categoria astratta dell'industria. Questo è uno pseudo concetto logico, perché dal punto di vista economico il peso e le scelte e il comportamento del grande monopolio non può identificarsi con le scelte, con il comportamento della piccola azienda, piccola e media azienda o, come parlava prima il collega Tanas, del cementificio. Sono cose che annegano nel concetto astratto di industrie, ma un concetto astratto che non riflette la realtà politica ed economica che noi dobbiamo da vicino esaminare e tenere presente. Ed è per questo che noi non ci sentiamo per nulla in contraddizione con la nostra politica di sollecitazione degli investimenti industriali e di sostegno dell'industria come asse strategico per lo sviluppo della nostra regione, quando diciamo no agli investimenti, no agli aiuti, ai regali, alle grandi concentrazioni di ricchezza; sì agli aiuti, al sostegno per le piccole e medie aziende. No ai grandi monopoli, perché non ne hanno bisogno, perché ne hanno già tanti, perché le loro scelte non possono identificarsi con le scelte della collettività, perché la Regione non

può porsi in posizione subordinata a queste scelte, ma soprattutto deve porsi un problema, non dico di contestazione, per usare un termine generale, ma di resistenza, di indirizzo autonomo, di sollecitazione autonoma di forze imprenditoriali che non si identificano con questi colossi dell'industria. Per questo noi non possiamo che sorridere di fronte all'emendamento dei compagni socialisti.

TANAS (P.S.U.): (*Interrompe*).

GOUTHIER (P.C.I.): Sorridiamo perché comprendiamo le difficoltà in cui voi, compagni socialisti, vi trovate di fronte a questi grossi problemi, che sono problemi che qualificano una politica e che qualificano le scelte di un partito politico. E noi comprendiamo le perplessità vostre, i dubbi vostri in materia. L'emendamento vostro è l'espressione di questi dubbi, di queste perplessità. E noi prendiamo atto di queste perplessità e di questi dubbi; soltanto diciamo che una cosa sono le parole, una cosa sono le manifestazioni di buona volontà, una cosa sono i fatti. E in politica, compagni socialisti, valgono i fatti, non le manifestazioni di buona volontà. In questo senso, o la Giunta ci dice esplicitamente, chiaramente, dove vanno a finire questi finanziamenti, o l'emendamento dei compagni socialisti è la classica foglia di fico, espressione di buona volontà per salvarsi l'anima e lasciare in realtà le cose come stanno. È una manifestazione la vostra, compagni socialisti, di una certa ingenuità, cioè la pretesa di cambiare le cose con uno spostamento puramente verbale. Ma la presenza della Montedison è una cosa che va ben più in là dell'emendamento che voi avete presentato. Noi, è evidente, non intendiamo con questo, l'ha detto ieri il collega de Carneri, sottovalutare la gravità del problema. Siamo stati in prima fila nel sostenere la battaglia contro le esa-

lazioni, e oggi siamo in prima fila nel sostenere la battaglia per un clima di decenza, di umanità all'interno delle aziende. Noi riteniamo quindi che la Giunta debba far luce sulla destinazione di questi finanziamenti, altrimenti il discorso rimane campato per aria. La destinazione risulta ben chiara, anche troppo chiara, e riteniamo che la Giunta debba porsi il problema, anche in via preventiva, quando si avviano insediamenti industriali, come ad esempio quello della Marangoni, la Giunta deve sorvegliare affinché queste esalazioni non si verifichino, per non dover contribuire successivamente con denaro pubblico, che è il denaro dei contribuenti, ad impedire l'ammorbamento dell'aria e danni alle persone e all'agricoltura.

Queste sono le cose che volevamo sottolineare, e, ripeto, speravamo che da certi settori del Consiglio, in particolare dai settori socialisti, ci fosse un maggiore impegno, un maggiore approfondimento, una maggiore volontà e forza di resistenza a scelte che favoriscono gli interessi della grande azienda e non gli interessi della collettività, così come sono formulati.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Santoni.

SANTONI (D.C.): Signor Presidente, signori consiglieri, su questo disegno di legge che riguarda un intervento regionale per eliminare gli inquinamenti atmosferici si è discusso molto, e non è mia intenzione, arrivato a questo punto della discussione, di ripetere quanto è già stato detto e che in gran parte trova anche il sottoscritto consenziente. Si tratta, mi pare, per quel che riguarda la motivazione di questo disegno di legge, di una scelta di politica economica, cons. Gouthier. Non c'è dubbio che la Regione deve preoccuparsi sia di difendere la consistenza industriale e regionale, sia di tute-

lare la salute pubblica, l'agricoltura e il turismo. Il Consiglio regionale per non ripetere cose che abbiamo già discusse, si è occupato ampiamente di questi temi, quando qualche anno fa ha discusso il disegno di legge sulle ferrovie. E il cons. Gouthier ricorda che in quel caso non c'era il problema del monopolio o non monopolio, non si potevano fare delle facili battute sui problemi che erano problemi seri, perché in quel momento noi avevamo concluso che se la Regione non interveniva ad abbattere i costi di produzione in certi prodotti che godevano un tempo del vantaggio delle tariffe differenziate, noi avremmo messo seriamente in crisi l'economia regionale. Noi in questo momento ci troviamo a dibattere, praticamente, un problema che ha delle connessioni con questa constatazione. Noi abbiamo gli svantaggi di aver qui le industrie che producono fumi nocivi, che inquinano l'atmosfera, e non abbiamo i vantaggi di avere, come in passato, in seguito all'unificazione delle tariffe ENEL, le tariffe differenziate, che potevano consentire alle aziende di produrre a costi competitivi con quelli che sono i prezzi a livello internazionale. Ora io sono convinto — in questo mio breve intervento voglio sottolinearlo — che l'approvazione di questo disegno di legge potrà dare alla Giunta regionale più forza contrattuale davanti al Governo nazionale, quando andrà a richiedere — è una richiesta che è stata fatta implicitamente anche con la presentazione di una certa mozione, che il Consiglio regionale dovrà discutere — quando andrà a chiedere al Governo di concedere per le industrie di un certo settore operanti nella nostra regione delle tariffe differenziate. L'azienda è un fatto economico; deve poter produrre a costi competitivi, perché in caso contrario, anche se è un gruppo monopolistico quello che gestisce questa azienda, evidentemente l'azienda chiude i battenti, e chiudendo i battenti procura disoc-

cupazione, con grave pregiudizio per la nostra consistenza industriale. Se i costi, ripeto, vanno sopra i costi competitivi a livello internazionale, e determinate spese non possono gravare sugli ammortamenti di certe spese, non possono gravare sull'aumento dei prezzi, la situazione diventa difficile. Perciò, ripeto, aumento dei costi vuol dire disoccupazione, e se noi vogliamo evitare questo si giustifica, anche se in questo caso — e qui è inutile che facciamo tanti giri o che ci nascondiamo dietro un dito — anche se in questo caso l'intervento va in una certa direzione prevalentemente, si giustifica l'intervento della Regione. È una scelta di politica economica: noi vogliamo non ridurre la consistenza occupazionale, la consistenza industriale nella nostra regione. Questo intervento risolve una questione fra contadini della zona industriale di Bolzano e la Montedison. Mi pare di aver capito, attraverso anche la discussione, che l'area danneggiata dalle esalazioni nocive della Montedison dovrebbe essere acquistata dal Comune di Bolzano per ampliare la zona industriale. Ora questa legge dovrebbe risolvere in primo luogo — perché è inutile che ci illudiamo che possa risolvere tutti i problemi — in primo luogo questo problema. Se poi la legge verrà rifinanziata, è bene che la legge operi anche in altre zone, e perciò mi trova perfettamente consenziente l'emendamento presentato dal collega Tanas, che amplia le possibilità operative di questa legge, in casi di rifinanziamento e non immediatamente, con le eliminazioni di certi inconvenienti che si verificano in zone turistiche, che sono inconvenienti molto gravi. Il problema del Basso Sarca, che lei ha citato e che conosco anch'io, giustificherebbe abbondantemente un intervento regionale.

Concludendo, mi pare che non sia possibile speculare politicamente su un intervento come questo. Pertanto il gruppo della D.C. an-

ticipa e dichiara che darà voto favorevole a questo disegno di legge, esprimendo una raccomandazione alla Giunta regionale: dopo aver fatto gli interventi indifferibili e urgenti, che sono quelli della zona industriale di Bolzano, che son quelli di Chizzola, ecc., e dopo essere intervenuta in sede di rifinanziamento anche per eliminare inconvenienti di inquinamento atmosferico per le industrie già esistenti, in sede — e qui mi trovo d'accordo con quanto ha detto il cons. Gouthier poco fa — in sede di insediamento di nuove industrie che possono produrre inquinamenti atmosferici, la Giunta regionale si preoccupi che siano posti in atto da queste industrie quei sistemi di eliminazione delle esalazioni nocive, che altrimenti ci obbligherebbero ad intervenire a posteriori in modo più faticoso e dopo aver provocato dei danni che devono poi essere indennizzati, con grave pregiudizio, sia per la salute pubblica, sia per l'agricoltura, sia per il turismo. Mi pare che in questi termini sia abbastanza chiara la posizione del mio gruppo, che darà a questo disegno di legge il voto favorevole.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Jenny.

JENNY (S.F.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur Erläuterung meiner gestrigen Ausführungen möchte ich noch einiges hinzufügen. Ich habe schon gestern grundsätzlich meine Zweifel über die Art dieser Gesetzesvorlage geäußert. Die Soziale Fortschrittspartei Südtirols kann bestimmt nicht der Industrie feindlichkeit bezichtigt werden. Die Frage der gesundheitlichen Schäden interessiert mich allerdings nicht nur allein als Parteipolitiker, sondern auch als Arzt. Sie wissen, daß schon seit Jahren weite Kreise der Bozner Bevölkerung — besonders die landwirtschaftliche Bevölkerung — einen harten Kampf um eine Ent-

schädigung für die von den Betrieben verursachten Schäden führt. Dieser Kampf war nicht einfach. Die sich in der letzten Zeit anbahnende Entwicklung zeigt, wie man bei uns prinzipiell vorgeht. Es ist kein Geheimnis, daß die Montedison wohl bereit ist, wie auch ich aus ziemlich glaubwürdiger Quelle erfahren konnte, unseren Bauern 180 Millionen Lire als Entschädigung zu zahlen, vorausgesetzt, daß der Regionalrat dieses Gesetz gutheißt. Wir haben es aber mehr noch als mit technischen Schwierigkeiten, mit einem System zu tun.

(Signor Presidente! Colleghe e colleghi! A chiarimento delle mie esposizioni di ieri vorrei aggiungere ancora qualche cosa. Già ieri avevo specificatamente esternato i miei dubbi sulla forma di questo disegno di legge. Il partito social-progressista sudtirolese non può di certo essere accusato di ostilità nei confronti dell'industria. Il problema dei danni alla salute non mi interessa, a dir il vero, soltanto come uomo politico, ma anche come medico. Loro sanno che da anni larghi strati della popolazione di Bolzano — in particolare la popolazione agricola — stanno conducendo una dura lotta per ottenere il risarcimento dei danni provocati dalle industrie e non è stato facile. Lo sviluppo della questione ci ha dimostrato in questi ultimi anni, come in linea di massima si usi procedere qui da noi. Non è un mistero che la Montedison sarebbe anche disposta, come appunto ho appreso da fonte abbastanza sicura, a versare ai nostri contadini, quale risarcimento, 180 milioni di lire, sempreché il Consiglio regionale approvi questa legge. Dunque più che con difficoltà tecniche abbiamo a che lottare con un sistema.)

(Il cons. Jenny prosegue in italiano).

Devo — e lo dirò brevemente in italiano — replicare alla garbata polemica del cons. Ta-

nas, che mi ha fatto presente che col suo emendamento, determinate cose non succedrebbero, cioè ci sarebbe una ragione per approvare questo disegno di legge. Gli rispondo: se è vero che la Montedison intende risolvere la situazione dando 180 milioni ai contadini che hanno avuto dei danni, premesso che il Consiglio regionale voti questa legge, io non posso approvare questo sistema; io non lo posso approvare come socialista. È il solito ricatto, diciamo francamente, del mondo capitalista, che è disposto a dare determinate cose, premesso che noi contribuenti ne paghiamo le spese. È inconcepibile questo modo di vedere le cose, e perciò io devo rispondere che se questa questione non viene chiarita, se non viene detto precisamente dalla Giunta regionale a chi vanno questi fondi, se non viene assicurato che questo non è un principio al quale noi ci assueferemo continuamente, non potremo approvare questo disegno di legge. Perché la salute della cittadinanza, la salute della comunità, non può essere data in mano a questi ricatti, di volta in volta. Non è possibile. È il solito sistema, che voi tutti sapete che accade al poveretto che ha un infortunio e che a un certo punto vuole un risarcimento, ma avendo di fronte un partner finanziariamente forte, va incontro a processi e processi e processi, e alla fine, siccome finanziariamente è più debole, deve accontentarsi di una parte di quello che lui ha preteso. Eh no, signori, adesso francamente io questo non posso accettarlo. Giustamente qualcuno mi ha obiettato: ma i contadini che hanno chiesto il risarcimento dei danni non hanno la potenza della Montecatini, anzi molti sono stati perplessi già quando hanno cominciato il processo, perché hanno impegnato i loro beni in questo processo. Allora la capitolazione è ancora più grave. Essi dicono: noi siamo ben contenti di avere questi 180 milioni, perché alla lunga non riusciremo a sopportare

quello che è l'onere finanziario, anche — e io ne sono convinto — se le rivendicazioni sono giuste. Ma è questa la società che noi possiamo concepire? Eh no! Allora proprio io devo dire francamente che come socialista sono doppiamente perplesso. Allora è l'ennesima volta che di fronte alla forza e al capitale di una grossa società, il piccolo contadino deve dire: be', mi è andata ancora bene, ho avuto qualche cosa. Io questo principio, devo dirlo francamente a nome del mio partito, non posso accettarlo. Io credo che per tutti coloro che vedono la situazione obiettivamente, non solo dal punto di vista puramente tecnico, anche dando atto alla società di aver installato questi depuratori, ma che vedono la questione dal punto di vista di principio — e noi come legislatori dovremmo anche vedere le cose dal punto di vista etico-morale — questo disegno di legge è assolutamente inaccettabile.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Mitolo.

MITOLO (M.S.I.): Signor Presidente, signori consiglieri, questo disegno di legge è uno di quelli meno felici — me lo consenta la Giunta, me lo consenta l'assessore — che ci sia stato sino ad ora sottoposto. Meno felici dal punto di vista della materia e della equivocità della materia che esso regolamenta, tanto che, come già qualcuno ha sostenuto ieri, esso pone un problema di competenza legislativa, appena toccato dalla relazione della Giunta e a mio parere non risolto, tanto che esso pone, oltre che questo problema di competenza legislativa, pone delle perplessità anche circa l'effettiva destinazione dei fondi che la Giunta, se il disegno di legge verrà approvato, dovrà stanziare. È un disegno di legge sul quale basterebbe riassumere la discussione che è stata svolta da ieri ad oggi e tutte le argomentazioni che dai vari

banchi del Consiglio sono state affacciate, per poter concludere che esso indubbiamente non ha colto nel segno nel quale certamente la Giunta voleva cogliere. C'è, dicevo, un problema di competenza, prima di tutto. Già ieri il cons. Pruner ha accennato a questo problema, risolvendolo in senso positivo, cioè in senso affermativo. La competenza la Regione la avrebbe perché la materia regolata dal disegno di legge attiene a una di quelle previste dall'art. 5 dello Statuto e precisamente l'incremento dell'industria. È proprio così, io mi sono domandato dal punto di vista giuridico? Siamo veramente competenti noi? Io ho i miei dubbi, o per meglio dire avevo i miei dubbi fino a ieri, quando ancora non mi ero studiato la questione; vi confesso che non li ho più oggi; quando posso affermarvi con tutta tranquillità che il problema l'ho risolto in senso negativo. Noi non abbiamo la competenza in questa materia. E perché non l'abbiamo? Non perché non abbiamo competenza in materia di incremento dell'industria, perché questa competenza la abbiamo, ma perché non abbiamo la competenza in quella materia che è disciplinata, è regolata dal disegno di legge, che non è la materia dell'incremento dell'industria, ma è la materia dell'inquinamento dell'atmosfera, è cioè il problema dei fumi, detto in termini banali e volgari, è il problema dell'inquinamento dell'atmosfera, che è già disciplinato da una legge dello Stato, quella del 1966, che purtroppo, a quanto si afferma, non ha trovato fino ad oggi applicazione, non solo per alcuni aspetti nebulosi delle sue norme, ma anche perché non è stato ancora emanato il regolamento esecutivo. E perché affermo che la materia non è quella dell'incremento dell'industria? Ma perché e lo dice la legge stessa! Se il problema di interpretazione che noi dobbiamo fare di una legge, per stabilire se essa rientra nella nostra competenza legislativa o no, va risolto sulla base delle enun-

ciazioni, sulla base del contenuto di una legge, signori colleghi, a me basta leggere il titolo di questa legge, basta leggere l'art. 1 per dire che questa legge non regola la materia dell'incremento dell'industria, ma regola la materia della eliminazione dei fumi nocivi. Ora la eliminazione dei fumi nocivi non rientra, non può essere rappresentata, non può essere fatta passare, scusatemi questa espressione, sotto la denominazione di incremento industriale. La materia della eliminazione dei fumi nocivi è quella, ripeto, regolamentata dalla legge dello Stato 13 luglio 1966, n. 615, nella quale vi è un titolo particolare, dedicato proprio alle industrie, alle quali sono fatti determinati obblighi, proprio per eliminare quello che oggi è considerato uno dei mali maggiori degli agglomerati urbani e cioè l'inquinamento dell'atmosfera. E non mi può convincere, assessore Albertini, la motivazione che viene data nella relazione per giustificare e per dimostrare che noi siamo competenti in questa materia, perché essa non può convincere, perché non è convincente. Si dice nella relazione: « Si ha ragione di ritenere che nella fattispecie il problema rientri nella competenza regionale, relativa all'incremento della produzione industriale, in quanto, qualora venissero a mancare all'economia regionale gli stabilimenti interessati a questo tipo di produzione, si avrebbe una grave diminuzione di manodopera nel settore industriale e una notevole riduzione del patrimonio industriale regionale, che è statisticamente uno dei più ridotti rispetto alle altre regioni dell'Italia centro-settentrionale ». Signori della Giunta, signori consiglieri, un'affermazione di questo genere parte dal presupposto che la applicazione di una legge dello Stato, perché si tratta di applicazione della legge dello Stato, cioè dell'ossequio dovuto a una legge dello Stato, mette in crisi economica talmente grave le industrie che a questa applicazione sono tenute, da dover richiedere l'inter-

vento della Regione per sopperire alle conseguenze di questa crisi. Ora io mi rifiuto di credere, dal momento che ormai sappiamo tutti, ed è inutile nascondere, perché è stato detto apertamente e lo possiamo ripetere, che un'industria come quella della Montecatini Edison, la quale, fra l'altro mi risulta che abbia già provveduto a proprie spese ad eliminare per buona parte le conseguenze dei fumi dei propri stabilimenti, sia di Bolzano che di Mori, io mi rifiuto di credere che una industria come la Montecatini Edison, per il solo fatto di essere tenuta ad applicare la legge dello Stato che le fa quei determinati obblighi, possa essere messa in crisi, o che questi stabilimenti che sono tenuti a questi adempimenti possano essere messi in crisi sino al punto da richiedere l'intervento della Regione. Mi rifiuto di crederlo, perché è assurdo; mi rifiuto di crederlo, se non vogliamo dire perché è assurdo, perché fra l'altro non è dimostrato. Dateci la dimostrazione che i due stabilimenti della Montecatini Edison di Bolzano e di Mori verranno messi in crisi per questi motivi ed allora forse, chissà, potremo prendere in considerazione la fondatezza della vostra proposta, la opportunità della vostra proposta di legge. Dovremmo altresì credere che l'adempimento di una legge dello Stato, da tempo invocata, come quella che ho poc'anzi citato, la 615 del 1966, è stata fatta senza tener conto che l'applicazione delle sue norme avrebbe comportato la messa in crisi delle aziende che a questi adempimenti sarebbero stati tenuti. Al legislatore nazionale si possono fare tanti torti; si può fare anche questo. Ma non mi pare che nella emanazione della legge del 1966 si sia adombrata questa conseguenza. Se la si fosse adombrata io penso che la legge avrebbe sicuramente previsto un'apposita norma per sopperire a queste conseguenze. Quindi, di fronte a queste che sono, mi pare, considerazioni di ordine logico oltre che giuridico, che

il progetto di legge suggerisce, non si può condividere il parere espresso con questa motivazione da parte della Giunta presentatrice del disegno di legge che questa materia rientra veramente nella nostra competenza, cioè quella prevista dall'art. 5, n. 4 del nostro Statuto, se è vero come è vero — e lo si può dedurre questo sia dal titolo della legge che dall'art. 1 — che lo scopo di questa legge è quello di favorire l'eliminazione delle esalazioni dei fumi nocivi prodotti dagli stabilimenti industriali del settore chimico-metallurgico che inquinano l'atmosfera nella regione. Se è vero che questo è lo scopo e quindi se la materia non è quella dell'incremento industriale, ma quella della eliminazione dei fumi nocivi, cioè quella di proteggere, dal punto di vista igienico, la popolazione che vive nell'ambito in cui questi stabilimenti esercitano, operano e svolgono la loro attività, se tutto questo è vero, non c'è dubbio, a mio parere, che la competenza noi non l'abbiamo. E non è, secondo me, giusto, logico, soprattutto giusto, ricorrere a un espediente come quello che ci è stato indicato nella relazione, per poter venir meno al dovere che noi abbiamo di stabilire prima di tutto se la competenza c'è oppure non c'è. Non si può ricorrere, mi si scusi l'espressione, ad un gioco di parole, per poter mettere da parte un problema, anzi un dovere preciso, categorico, come quello di stabilire innanzi tutto se noi possiamo legiferare in questa materia oppure no.

Quindi io non ho il minimo dubbio che la competenza noi non l'abbiamo e che questa legge è una legge che non può essere approvata senza venir meno al preciso dovere che noi abbiamo di legiferare soltanto ed esclusivamente nella materia in cui abbiamo la competenza.

Dal punto di vista poi del merito, parliamoci con una certa franchezza, una buona volta. Fu detto, e nessuno lo ha smentito, che questi fondi vanno ad un unico stabilimento.

Io vi domando ancora una volta — me lo sono chiesto prima, quando ho esaminato la questione della competenza — se veramente una grande società come la Montecatini Edison abbia bisogno di 32 milioni all'anno per poter sopperire alle spese, agli oneri che le derivano dall'osservanza di norme legislative come quelle della legge statale del 1966. Ripeto ancora una volta: io mi rifiuto di credere questo. Ed allora, evidentemente, ci deve essere sotto qualche altra cosa. Se si è ritenuto di dover addirittura fare un progetto di legge per dare alla Montecatini Edison queste somme, il motivo deve essere un altro. Io non lo so. Non voglio raccogliere le voci che ho raccolto qui e che possono essere infondate; non voglio nemmeno fare miei certi sospetti che sono stati sollevati, anche dal fatto che questa legge ha visto la piena e totale adesione della S.V.P. Collegi della S.V.P., non ha mai visto una legge raccogliere un plauso così intenso — una legge soprattutto che riguarda le industrie della zona industriale di Bolzano — raccogliere un plauso così totalitario, così generale, come quello che è venuto dai vostri banchi. Non vorrei che il motivo con il quale voi approvate questa legge fosse diverso da quello che gli articoli della legge lasciano immaginare, cioè come possiate essere entusiasti del fatto che vengano spese queste misere somme per la destinazione che la legge stabilisce.

Altra considerazione che si deve fare, se vogliamo stare alla lettera più che allo spirito della legge, è questa: una volta che questa legge sarà entrata in vigore, se fosse vero che il suo scopo e la sua destinazione sono quelli che le sue parole dicono, chi ci dà la garanzia che questi provvedimenti verranno veramente adottati? A parte il fatto, ripeto, che a me consta che sono già stati adottati. Se la Montecatini Edison ha già fatto questi impianti, evidentemente i soldi li aveva; è logico che li avesse. Quindi la spesa, l'onere l'ha già sostenuto. Io

avrei potuto capire se questa legge fosse stata proposta prima che queste aziende sopportassero, affrontassero gli oneri che la modifica degli impianti per la eliminazione del fumo ha comportato. L'avrei capito, ma dal momento che questo è già stato fatto, io non riesco a vedere, a rendermi conto della necessità di questa sovvenzione, perché si tratta di sovvenzione. Il 90% delle nostre leggi sono leggi di sovvenzioni. Siamo i grandi elemosinieri, noi della Regione, i grandi elemosinieri, e la nostra funzione è soprattutto quella. Il 90% delle nostre leggi, forse anche di più, sono leggi di aiuto, di sovvenzione. Qualche volta sono leggi che integrano funzioni alle quali avrebbe dovuto assolvere lo Stato, come in questo caso. E qui ci sarebbe da fare un lungo discorso sulla crisi del sistema legislativo italiano. Il Parlamento italiano sfodera migliaia di leggi all'anno e probabilmente circa il 50% non vengono applicate; e non vengono applicate, sia perché a volte sono di difficile applicazione per la loro formulazione, sia perché sono incomplete, come nel caso della legge 1966, dove c'è un articolo il quale dice che entro sei mesi verrà emanato il Regolamento di esecuzione. Sono passati due anni e il regolamento di esecuzione non è nemmeno compreso nel programma del governo Leone; il regolamento di esecuzione di questa legge, che fu salutata, come ricorderete, come una legge fondamentale che finalmente cercava di risolvere uno dei problemi della nostra società più urgenti e più preoccupanti, quale quello dell'igiene pubblica, rovinata dai fumi e dalle esalazioni degli stabilimenti, delle case e via discorrendo. Ci sarebbe, dicevo, da fare un lungo discorso. Ma in fondo noi qui ci dovremmo assumere un compito che anche da un punto di vista economico non ci spetta: quello di sovvenzionare gli oneri che derivano dalla applicazione di una legge dello Stato. Oltre al-

la questione di competenza, ci sarebbe anche questa. Perché questo? Chi ce lo impone?

Di fronte a questi interrogativi che ho posto, di fronte soprattutto alla profonda convinzione che io ho che noi non abbiamo competenza in questa materia, di fronte alla certezza che io ho, che comunque questa legge non risolverebbe il problema che ho enunciato nel titolo e nell'art. 1 — perché non bastano 32 milioni all'anno per eliminare i fumi della regione Trentino - Alto Adige, ammesso e non concesso che non sia vero quello che si dice che i fondi siano destinati a un'unica azienda — di fronte a questi interrogativi, di fronte a queste convinzioni, di fronte a queste certezze, io vi dichiaro che non potrò votare a favore di questa legge.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Io ho ascoltato con estrema attenzione l'intervento del collega Mitolo, e se devo rammaricarmi di qualche cosa è che l'abbia fatto in questo momento del dibattito, invece che inizialmente. Perché, a torto o a ragione, il collega Mitolo ha posto una questione pregiudiziale, una questione pregiudiziale che doveva essere, a mio avviso, trattata prima ancora di entrare nel merito della discussione disegno di legge. E bene avrebbe fatto, secondo me, anche perché ha portato alcuni temi che non possono essere disattesi o ignorati, anche se, sulla tesi sostenuta dal collega Mitolo, vale la pena di fare qualche osservazione. E non saremo noi del gruppo liberale, di certo, a non riconoscere che, purtroppo, molta della attività della Giunta regionale, nel passato lontano e recente, si è più di una volta esplicata proprio in leggi che avevano la loro *ratio* nella possibilità di distribuire dei sussidi o dei contributi. È stata un'osservazione che nel corso delle passate legislature è stata più volte fatta

e direi che quasi sempre ha riguardato settori diversi da quelli dell'industria. Vorrei quasi dire che il settore dell'industria è stato quello che meno ha goduto di questo, che qualche volta è stato persino un certo andazzo nella politica delle Giunte regionali del passato. Questo dobbiamo riconoscerlo, e se ci si invita a essere consenzienti con questa critica generale, dobbiamo dire che consenzienti siamo. Nel caso però particolare io ho qualche dubbio, e lo espongo così, quasi per domandare poi alla Giunta di esprimersi, perché mi immagino che questo problema — è un problema, ripeto, pregiudiziale, e sarebbe stato meglio affrontarlo fin dall'inizio, perché una volta che avessimo dovuto riconoscere che non è nostra competenza, non valeva neanche la pena di passare alla discussione del disegno di legge — questo problema la Giunta l'avrà, immagino, attentamente esaminato. Ora io ho questo dubbio: si afferma, da parte del collega Mitolo, che noi stiamo intervenendo con volume di danaro non indifferente, per far sì che venga applicata in sostanza una legge dello Stato. Ora io domando al collega Mitolo e rispettivamente alla Giunta, innanzi tutto se questa legge dello Stato fa obbligo di installare questi apparecchi di contenzione; in secondo luogo se questo obbligo è attuale, già attualmente vigente e imperante, o se ancora manca qualche disposizione, qualche norma di legge, per esempio il Regolamento di applicazione, per cui la legge stessa abbia questa validità coattiva. Perché se fosse in questa seconda ipotesi, se cioè obbligo da parte delle industrie non ci fosse — obbligo futuro forse, per la norma di legge che è già stata sancita, potrà anche esserci, ma obbligo attuale non ci fosse — mi pare che la nostra mancanza di competenza non sarebbe così manifesta come appare nella interpretazione giuridica — sicuramente migliore della mia, dato anche la capacità professionale — data dal collega Mitolo. Que-

sto è qualche cosa, a mio avviso, di estremamente essenziale, che va chiarito e puntualizzato. Perché, in questa seconda ipotesi, non mi pare che noi siamo completamente fuori delle nostre competenze, là dove si parla di incremento della produzione industriale. Noi abbiamo visto che con questo termine abbiamo spaziato — purtroppo poi ci siamo fermati dallo spaziare, ed è per questo che anche abbiamo avuto questa battuta di arresto — ma abbiamo spaziato in settori — per esempio quello della concessione della emissione di azioni al portatore — in settori che, a prima vista, potevano sembrare completamente lontani e diversi da quello che era il testo della norma statutaria. Ora ci troviamo di fronte a una potestà secondaria di natura concorrente. Ci è già stato riconosciuto dal Governo, che in nome di questa potestà secondaria concorrente abbiamo per esempio potuto emanare la legge per la emissione di azioni al portatore. Non solo, ma siamo arrivati in alcuni casi anche ad aggiungere nostri interventi, interventi finanziari di agevolazioni, aggiungerli a quelli che già erano stati disposti con leggi da parte dello Stato. Cioè abbiamo avuto già dei casi — e non parlo del settore dell'assistenza, perché lì è chiarissimo, è integrativo — dei casi in cui il nostro intervento è venuto ad assommarsi ad interventi dello Stato.

Sono temi di riflessione, che io pongo qui ad alta voce dopo aver sentito l'intervento del collega Mitolo, sperando che si possa dar luogo veramente ad una discussione che chiarifichi questo. Perché non dimentichiamoci che se la pregiudiziale Mitolo fosse giuridicamente ineccepibile, la sorte di questo disegno di legge è quella di venire di ritorno, magari ancora prima dei 30 giorni, senza il visto di legittimità da parte del Governo. Ora, anche per un atto di serietà nostra, di Consiglio regionale, sarebbe bene che non saltassimo questi problemi, che

ce li chiarissimo. Sarebbe bene anche — ma lo dico in fine di legislatura, proprio perché ancora una volta voglio dirlo — sarebbe bene che anche il Consiglio regionale avesse il suo ufficio legislativo, oltre alla Giunta, perché anche il Consiglio potesse esaminare la legittimità e la competenza delle leggi. Perché poi i responsabili di aver approvato una legge o di non averla approvata non è la Giunta che la presenta, siamo noi, Consiglio regionale. Ma comunque questo è uno di quei temi su cui la Presidenza del Consiglio è sempre stata sorda, e ormai sarà anche per questi ultimi tre mesi di fine legislatura.

Voglio far poi osservare, sempre a titolo di riflessione, che più di una volta noi siamo intervenuti con dei provvedimenti, che erano a latere della vera e propria industrializzazione e insediamento industriale, con dei provvedimenti intesi tutti quanti a facilitare o i nuovi insediamenti o il mantenimento, la conservazione di quelli esistenti, o, in casi più gravi ancora, intesi a evitare che piccole e medie aziende andassero in condizioni economiche peggiori o peggiorative. Infine voglio rilevare ancora un'altra cosa: che al settore dell'industria è venuta in questi ultimi anni mancando la possibilità — del resto è il testo anche della mozione che è stata presentata, proprio ieri, da parte vostra e del collega Ceccon — è venuta mancando la possibilità di usare concretamente di molti strumenti che lo Statuto regionale ci dava; ad esempio i proventi dell'art. 10. Penso ad esempio all'uso che è stato fatto a suo tempo dei proventi dell'art. 10, e non è mica una critica perché in quel momento ero io l'assessore responsabile. Ma impegni erano già stati presi dalle Giunte precedenti, la legge aveva reso possibile anche lo stanziamento in quel determinato senso, e noi ricordiamoci che sull'art. 10, sui 509 milioni dell'art. 10 ne abbiamo dati addirittura 100 o poco meno o poco più per la

bonifica di Naz-Sciaves, che non so, per dir la verità, fino a che punto potesse essere resa comprensibile in quello che era l'utilizzo dei proventi dell'art. 10. Siamo in tutte queste situazioni. Più di una volta a ragion veduta, non a caso, ma a ragione veduta, più di una volta questo Consiglio ha preso una decisione e ha detto: va bene, tentiamo, per vedere qual è il parere del Governo, per vedere fino a che punto si riconoscono le nostre competenze, la legittimità delle nostre competenze, e poi eventualmente di fronte a delle osservazioni del Governo potremo anche rivedere la nostra posizione. Non è una strada che ci sentiamo di consigliare così, a caso, nel senso di dire: va be', ogni volta tentiamo di fare qualche cosa e poi vedremo se ce lo rinviano. Non sarebbe una cosa seria sicuramente. Ma se nella risposta dell'assessore e della Giunta si potrà chiarire più approfonditamente di quanto abbia fatto io in questo momento la importante questione della competenza, della legittimità di questo nostro intervento, sollevata dal collega Mitolo, e se non fosse proprio da riconoscersi arrischiato o avventato il tentare un provvedimento di questo tipo sul piano giuridico, io direi che, poiché siamo consenzienti nel merito — perché qui non ho parlato del merito, del merito ne ho parlato prima — poiché siamo consenzienti nel merito, il parere del gruppo liberale, se proprio non risulterà completamente avventato il disegno di legge, sarebbe quello di portarlo avanti in attesa, eventualmente, di quelle che potranno essere le osservazioni del Governo centrale.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Mitolo.

MITOLO (M.S.I.): Siccome il cons. Corsini mi ha rivolto una precisa domanda, io desidero rispondergli. La prima domanda è quella se le industrie hanno l'obbligo di provvedere

alla modifica degli impianti, onde eliminare le esalazioni dannose alla salute pubblica. Quest'obbligo ce l'hanno in base alla legge 615 del 1966. Dice l'art. 20: « Tutti gli stabilimenti industriali, oltre agli obblighi loro derivanti dalla classificazione come lavorazioni insalubri o pericolose, di cui all'art. 216 del T.U. delle leggi sanitarie — badate che per me sarebbe stata sufficiente l'applicazione dell'art. 216 delle leggi sanitarie per potere risolvere il problema, senza bisogno di una legge, come quella del 1966, anche se la legge del 1966 estende il campo dell'intervento dell'autorità in settori che nel 1934 non potevano essere previsti. Ma ad ogni modo c'è la legge del 1966 — devono, in conformità al regolamento di esecuzione della presente legge — che non esiste, come ho detto — possedere impianti di installazione e dispositivi tali da contenere entro i puri stretti limiti che il progresso della tecnica consenta, l'emissione di fumi o gas o esalazioni, che oltre a costituire comunque pericolo per la salute pubblica, possano contribuire all'inquinamento atmosferico ». Quest'obbligo, cons. Corsini, è tassativamente sancito dall'art. 20. Esso però è condizionato, diciamo pure, alla emanazione del regolamento di esecuzione, regolamento di esecuzione che non è stato fino ad oggi emanato. Quindi dal punto di vista pratico gli stabilimenti industriali hanno quest'obbligo, però non lo possono, non lo potrebbero, per lo meno, esercitare in base alla legge, fino all'emanazione del regolamento di esecuzione che deve stabilire le modalità di applicazione dell'art. 20. È proprio la esistenza di questo art. 20 che mi convince sempre più che noi non abbiamo competenza. Perché? In parole povere questo disegno di legge vuol sopperire, sia pure lodevolmente, posso anche ammetterlo, ad una carenza dello Stato, a una carenza cioè del Governo, non dello Stato, il quale, a due anni di distanza dall'emanazione della legge, nonostan-

te il tassativo, preciso obbligo che gli deriva dall'ultimo articolo di questa legge, non ha ancora emanato il Regolamento di esecuzione. Ma è proprio perché noi ci vogliamo addossare un onere che non ci compete che io dico che non abbiamo la competenza. Io mi rendo conto delle conseguenze negative per la mancanza di questo regolamento di esecuzione, me ne rendo perfettamente conto, ma dico che il dovere, l'obbligo è dello Stato, è del Governo non della Regione. Noi non possiamo, di fronte alle carenze dello Stato, dire: va bene, lo Stato non lo ha fatto, allora lo facciamo noi. E siccome non abbiamo la competenza in questa particolare materia, in questo settore, attraverso un giro di parole come quello che è stato fatto, ce l'attribuiamo sotto un altro aspetto, sotto un altro profilo, sotto il profilo, in questo caso, dell'art. 5 dello Statuto, che ci riconosce competenza secondaria in materia di incremento della produzione industriale. Se lo scopo è quello che è enunciato nel titolo ed è chiaramente indicato nell'art. 1, questo scopo sta ad indicare che la materia della legge è materia non di nostra competenza, perché riguarda la eliminazione dei fumi, delle esalazioni di gas. È detto nella legge stessa, che noi stiamo discutendo; è indicato chiaramente. Secondo me non c'è possibilità di diversa interpretazione. E questa materia è di competenza dello Stato, che l'ha regolamentata, anche se incompletamente, perché manca il regolamento di esecuzione, con la legge 615 del 1966.

Questo è un problema di carattere pregiudiziale, come lo ha giustamente definito Corsini, che va affrontato. Se su questo argomento il Presidente intende chiedere al Consiglio di votare prima che sul passaggio alla discussione degli articoli, la questione naturalmente è di competenza del Presidente e di fronte ad essa io sono indifferente.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): On. assessore, partendo da quelle che sono state le considerazioni fino a questo momento svolte dal mio collega di gruppo, mi consenta di porre al servizio di questa nostra discussione una esperienza personale. Un tempo, non soltanto lontano, il sottoscritto prestava la sua opera presso il comune di Trento, che lo impiegava per determinate attività. È in virtù di quelle attività e delle mansioni che svolgeva il sindaco gli disse un giorno: io faccio una delibera, ti riconosco queste mansioni, e ti do altro compenso. La delibera la fece, la mandò alla on. Giunta provinciale, la quale negò il visto. Perché? Perché nella delibera si specificavano competenze per mansioni che non erano contemplate dal T.U. e che non erano di pertinenza del comune. E pertanto l'on. signor sindaco diceva al sottoscritto: « Hai visto? Io volevo sistemare la tua posizione; è immorale! È giusto che uno che lavora per determinati compiti sia retribuito per il compito che assolve. Non si può sostenere una posizione del genere nei confronti di un uomo! È colpa della Giunta provinciale, che non capisce queste esigenze e non approva la delibera ». E il signor sindaco, tranquillo, continuava di mese in mese a sostenere questa sua tesi, che non aveva possibilità alcuna di valore giuridico, perché è evidente che la ragione stava tutta dalla parte della Giunta provinciale. Ora io non vorrei, e con me non voleva evidentemente il collega Mitolo, non vorrei che noi, Consiglio regionale, facessimo leggi di questo tipo e di questo tenore, per dire esternamente che noi interveniamo con provvedimenti opportuni, capaci di garantire determinate funzioni, determinati compiti, determinate sovvenzioni e poi, belli delle penne del pavone, mandassimo tutto all'autorità competen-

te, che, sapendo della nostra carenza in questo settore, mettesse poi il suo veto. E noi diremmo: siamo stati bravi. Noi Consiglio regionale volevamo operare. Non è possibile! Ma la salute della nostra gente, ma i contadini che sono danneggiati, ma per carità! E poi? La colpa è del Governo. Diceva prima il collega Mitolo che perfino il governo Leone, che ha promesso tutto, che ha detto che farà tutto, non ha parlato del regolamento di attuazione della legge del 1966. E così le cose sarebbero mantenute come oggi sono, e noi avremmo fatto una figura immeritata nei confronti di chi invece ha tutto il diritto di reclamare serietà assoluta. Per questo motivo io dico che è giusta la pregiudiziale posta in essere dal collega Mitolo.

Detto questo, però, debbo anche precisare, on. assessore, che noi non ragioniamo sotto la spinta degli impulsi, che noi non assolviamo alle nostre funzioni di consiglieri regionali, così, schiavi delle suggestioni collettive o delle facili impostazioni. Lo so, qui dentro è corso un nome: Montedison. Immagino che quando questo nome si pronuncia, in tanta parte di noi, in molte persone che qua dentro sono o in grandissima parte delle persone che fuori di qui stanno, questo nome al solo apparire determina uno shock, uno shock emotivo. Montedison. Penseranno a consiglieri delegati, arcigni, con borsa nera, che entrano in vaste sale, dove dietro lunghi tavoli stanno seduti consiglieri d'amministrazione che decidono sulla vita di migliaia di persone; pacchetti azionari, miliardi che corrono, suddivisioni di utili. E tutti magari saranno facilmente suggestionati dalla figura che il bravo regista Frank Capra, negli anni della crisi americana, amava individuare in quel cattivo capitalista, nel capitano di industria, che volta a volta assumeva la figura dell'angelo di seconda classe, se aiutava un po' l'operaio a crearsi una famiglia, oppure diventava addirittura il diavolo, o per meglio dire, già che siamo

in altri tempi, un nostro fratello angelo separato, secondo la versione giovannea. Ora è facile essere suggestionati da discorsi del genere o da visioni del genere, ma io non mi stupisco, on. consiglieri, non mi stupisco affatto che grandi complessi industriali possano chiedere le sovvenzioni al legislatore. Non mi stupisco, né il collega Mitolo si stupisce, né nessuno di noi che abbiamo responsabilità di amministratori possiamo stupirci di questo, perché? Perché il capitale privato ricerca sempre un suo compenso, una sua incentivazione. E voi credete che il capitale pubblico non lo ricerchi? I consiglieri comunisti che hanno presentato la mozione di sfiducia per l'industria di Stato sarebbero certi che l'industria di Stato, se qui venisse ad operare, verrebbe esente da ogni previdenza regionale? Sono certi che lo Stato non contribuirebbe, con il denaro pubblico, al suo sorgere? Ma, signori, l'ENEL? L'ENEL che anno dopo anno nei suoi bilanci non vede gravare l'imposta, la tassa che gli odiati monopolisti pagavano regolarmente anno dopo anno alle casse dello Stato, e che lo Stato ha tolto dalle sue entrate, perché? Perché è l'ENEL che produce, che ci dà questo servizio e allora non bisogna mortificare l'ENEL con miliardi di imposte. Però le imposte prima gli altri le pagavano, l'ENEL non le paga. E non è un favore che lo Stato fa al capitale pubblico? E perché le grandi industrie sorte nel Meridione, a Taranto, non sono sorte con i contributi della Cassa del Mezzogiorno? Forse che l'IRI non opera con le previdenze della Cassa del Mezzogiorno? E l'IRI non opera con denaro pubblico? E l'IRI non è lo Stato? Io non mi meraviglio. Perché i due pesi e le due misure, signori? Io non sono abituato a fare i due pesi e le due misure nei confronti di questi problemi. Del resto, quando una legge dello Stato istituì le famose zone industriali e sorse la zona industriale, che so io, di Porto Marghera, come sorse? Non sorse forse con il

contributo dell'azienda privata, ma con il concorso del denaro pubblico, con i benefici e le previdenze dello Stato? Certo che sorse così. E male, dico io, in quel Marghera fino a un certo punto, perché i veneziani ci hanno abituati ad una dolorosa realtà; sono dei distruttori. I più grandi capitali di industria veneziani — il conte Volpi o Cini — incominciarono a distruggere le corporazioni, non appena apparvero nell'ordinamento giuridico dello Stato, esattamente come hanno incominciato a distruggere Venezia, quando, acquistando per poche lire i canali e la terra vicina ai canali, le hanno interrate tutte per rivenderle alle industrie che sorgevano a decine di migliaia di lire. Come sono i distruttori adesso, sempre i signori di Venezia, delle possibilità di espansione nel Trentino e non per nulla si accaniscono sull'autostrada di Alemagna, perché questo è lo scopo affidato a quell'autostrada. Sono dei distruttori. Comunque hanno usufruito delle previdenze dello Stato che le leggi dello Stato assicurano e che il contributo del capitale dei cittadini ha sempre garantito a chiunque. Quindi non mi stupisco di questo. E poi il Mediocredito. Siamo di fronte a una grande industria. I nomi sono corsi. È una grande industria. L'Istituto di Mediocredito opera in favore della piccola e media industria. Può operare in favore di una grande industria? È la consistenza dell'industria che determina la sua appartenenza a una categoria piuttosto che ad un'altra o è il volume del denaro che si dà a configurare il tipo di industria. Si opera per Transfinanziarie. Bianchi. La Bianchi, on. assessore, un miliardo. Fatti due interventi finanziari di 500 milioni alla Bianchi. E badi bene che oggi giorno quando diciamo Bianchi, potremmo pensare al laterale sinistro del Napoli, perché valgono mille milioni anche loro. Nessuno fiata, nessuno parla quando spendono 800 milioni per un'ala di una squadra di calcio. 800 milioni,

1000 milioni! Anzi, gli uomini politici fanno a gara per diventare i presidenti delle grandi squadre di calcio, a gara, e pagano i giocatori 800 milioni. L'industria, l'industria che è quella seria, questa, ci spaventa: 500 milioni e poi altri 500 milioni e poi altri 500 milioni. Ecco, quindi non si pone nemmeno più il problema se è una grande industria quella che può beneficiare di questa legge, o una piccola o una media industria, perché lei mi insegna che le grandi società, le società industriali sono fatte da tanti piccoli stabilimenti, da tanti medi stabilimenti o da tanti grandi stabilimenti, ed è il numero degli operai che in essi produce, opera e lavora che determina la fisionomia, il tipo dell'industria. E nessuno degli stabilimenti che qui dovrebbero essere beneficiati, evidentemente, raggiunge il vertice della grande industria per la manodopera che esso impiega. Pertanto nessuno stupore in questo senso, e poi noi abbiamo sempre provveduto alla incentivazione industriale. Sì, eravamo in tema, eravamo in argomento, eravamo entro il preciso limite statutario, ovvio. Ecco perché il collega Mitolo non ha mai posto obiezioni sulla legge, se eravamo competenti a stabilire versamenti alle ferroleghie per sopperire al costo dell'energia elettrica. Mai. È evidente che lo possiamo fare. Quella sì è una incentivazione, anche se lì lo Stato dovrebbe intervenire, perché è comodo espropriare, nazionalizzare e non tener conto della realtà economica delle aziende che nel nostro stato esistono, che nel nostro paese operano e producono. E quello che facevano gli odiati monopolisti, lo Stato lo potrebbe fare infinitamente meglio, se è possibile adoperare questo accrescitivo, lo potrebbe fare meglio, perché è unitario l'esercizio, perché unica è la fonte di distribuzione. E non lo fa, non ammette il discorso delle tariffe differenziate, non lo ammette, né si preoccupa evidentemente di quella che è la situazione industriale in una

regione come la nostra, là dove industrie che hanno come materia prima il consumo dell'energia elettrica, vengono poste improvvisamente di fronte a queste nuove realtà, quando si invoca il M.E.C., quando si parla di unità europea, quando bisogna produrre a prezzi competitivi, quando l'energia elettrica nei paesi del nord costa quello che costa. Non ci si è preoccupati. La Regione è intervenuta e ha fatto bene; era nel nostro diritto, nel nostro dovere. Non è che noi si abbia delle prevenzioni contro questi interventi. Sappiamo benissimo, ad esempio, che ogni legge nostra di incentivazione sul piano industriale dovrebbe essere sottoposta, se non erro, al parere del M.E.C. È ovvio. Il MEC ha il diritto di valutare ogni nostra legge che determini interventi nel settore dell'industria, e se noi oggi una ne facessimo di questo tipo, rischierebbe di non trovare approvazione. Dovrebbe rispettare quei limiti o quei confini che il MEC ha posto, che l'autorità sovranazionale richiede. Questa legge verrebbe sottoposta al parere del MEC? No, evidentemente; non è un tipo di legge che spetta a quell'ufficio, non richiede quel parere. Ecco, potrebbe essere un modo per ottenere un determinato scopo, un determinato obiettivo, un determinato vantaggio che altrimenti non si potrebbe raggiungere, né si potrebbe avere. Quindi ci sono molti motivi, di ordine economico, di ordine sociale, che ci convincono, che ci radicano nel convincimento della necessità di interventi di questo settore dell'industria, sempre tanto disprezzato. Ci sono. E ci sono anche i motivi della salute pubblica, direi a un certo momento, i motivi della salute pubblica. Lo Stato fa le sue leggi, ma mancano i regolamenti, ed io amo pensare che ci siano difficoltà obiettive nel creare il regolamento. Ciò non toglie che l'industria ha il dovere di curarsi anche della salute della propria gente, ed è stata molto simpatica quella visita fatta dalla com-

missione di esperti sovietici alla Montecatini di Mori, interessantissima. Hanno visitato i filtri, gli impianti antifumo, hanno guardato i forni, sono andati sottosopra in tutto lo stabilimento e poi han chiesto al direttore: ma lei è matto? Io? — dice — No, non sono matto. No, dice la Commissione, lei non è matto ma chi ha in mano questa industria è matto. Perché? Perché spese del genere nessuna industria in casa nostra le sosterebbe. Noi non attueremo questa difesa, noi non costruiremo impianti così elaborati e così costosi; noi non li attueremo mai, non li collocheremo mai nelle nostre fabbriche. E allora? Le macchie. Borghetto. Le macchie, on. assessore, immagini le macchie. Che cosa avrebbero detto quelli di Borghetto difesi dal collega de Carneri, se avessero saputo che i sovietici, di cui de Carneri indubbiamente conosce pregi e difetti, sostenevano che non si potevano fare spese del genere per evitare le macchie. Io son lieto che i sovietici non conoscessero della diatriba. « Come — chiese il direttore dello stabilimento — avreste risolto voi questo problema? ». « Da noi — risposero i russi — il problema non si pone, perché se dovesse nascere, non è mica che noi sposteremo le fabbriche, sposteremo le popolazioni ». E siccome noi le popolazioni non le possiamo spostare, possiamo pensare di spostare dei milioni? Ecco. Da un punto meramente umano, totale, io direi di sì, che possiamo spostare milioni invece che popolazioni; che dovremmo farlo. D'altronde il problema della competenza è un problema che esiste e che non possiamo negare, che non solleviamo per dire che esso esiste e basta, ma l'abbiamo sollevato per non mettere il Consiglio regionale in quella posizione in cui si è trovato il cons. Ceccon quando lavorava in Comune. Torno a ripetere, non vogliamo le belle figure a buon mercato, vogliamo essere coscienza

ti che quello che facciamo ha un suo motivo giuridico, valido per essere fatto. Dopodiché ciascuno di noi trarrà le proprie conseguenze, secondo i propri convincimenti, e si comporterà secondo la coscienza e quello che essa dentro gli va dettando.

Pertanto, on. assessore, questo premesso, io veramente vorrei pregarla di voler affrontare innanzi tutto il problema nella sua risposta, in questa seduta, a parte, con i capigruppo o con il Consiglio intero, come lei vuole. Queste enunciazioni sono per dire che noi non abbiamo confini, non abbiamo preclusioni al metodo, al modo, se vuole togliere di mezzo ogni preoccupazione sulla competenza nostra nel presentare disegni di legge di questo tipo. Dopodiché penso che, cadute le eventuali barriere, la discussione articolata sia una cosa immediatamente fattibile.

PRESIDENTE: La seduta è sospesa per cinque minuti.

(Ore 13.42).

Ore 13.50.

PRESIDENTE: La seduta riprende. Prego di prendere posto.

La parola all'assessore.

ALBERTINI (assessore industria e trasporti - D.C.): La discussione del disegno di legge è stata molto ampia e ha sollevato parecchi problemi. Sgombriamo il terreno del primo: la questione della competenza, perché ha natura pregiudiziale. Ora il problema della competenza mi pare che sia stato mal posto. Forse abbiamo fatto un errore noi nel presentare la legge così, e questo può avere indotto a porre il problema della competenza. Dicevo che è mal posto nel senso che qui noi non in-

tendiamo subentrare agli obblighi posti dalla legge, anche se oggi essi non sono ancora perfezionati dal regolamento, come è stato detto; la legge prevede un'agevolazione in un determinato investimento nel settore tecnologico. I finanziamenti per un'azienda possono essere fatti in vari settori dell'azienda, evidentemente: immobilizzi per la costruzione, come per catene di lavorazione. Ammettiamo che domani una azienda chieda un finanziamento per ammodernare una catena di lavoro, non tanto per produrre di più, quanto per diminuire, per esempio, la fatica del lavoratore, perché lo scopo dell'ammodernamento tecnologico non è tanto un miglioramento della produzione, sia qualitativo che quantitativo, quanto una diminuzione, per esempio, della fatica. Abbiamo noi la competenza di agevolare questo investimento, essendo che la finalità dell'investimento non è un incremento dell'occupazione, non è un incremento della produzione, ma è una finalità di natura diversa? Finora noi abbiamo sempre risposto di sì, cioè sia il Mediocredito, sia gli istituti finanziatori, sia la Corte dei conti che esamina il nostro finanziamento, il nostro contributo a questo tipo di finanziamento, non ha sollevato eccezioni. Anche l'installazione dei depuratori, posta come obbligo dell'azienda, ha una finalità che non riguarda un miglioramento della produzione, perché la produzione in sé e per sé resta tale e quale, sia che ci siano i depuratori, sia che non ci siano. Però è un investimento, è un immobilizzo per l'azienda, rientra negli immobilizzi tecnologici dell'azienda, che sono obbligatori in base alla legge dello Stato, ma che lo Stato evidentemente non pone a carico proprio, ma pone a carico dell'azienda, come tutti gli altri investimenti sono posti a carico del soggetto che crea un'impresa industriale. Il che non vuol dire che a noi manca la competenza di agevolare questi investimenti, anche se la destinazione, lo scopo finale

dell'investimento è diverso. Non solo, ma noi possiamo anche agevolare gli investimenti delle strutture e delle infrastrutture sociologiche che sono nella zona industriale. Infatti il prossimo disegno di legge attiene anche a quelle infrastrutture che non sono state ancora considerate, ma che riteniamo di considerare come investimenti da aiutare, anche se attengono alla produzione in maniera indiretta, cioè le condizioni umane in cui si esercita il lavoro umano. Il tema della competenza allora non è posto, perché la competenza di agevolare gli investimenti, di incrementare gli investimenti, di attenuarne il carico economico, rimane come incremento della produzione industriale in senso lato. Non occorre questa legge per le piccole e medie industrie, perché le piccole e medie industrie che vogliono fare un investimento patrimoniale, una spesa per depurare o per soddisfare gli obblighi posti dalla legge statale, possono ricorrere al credito agevolato, senz'altro, in base alla legge 10, se vogliono. Adesso debbono, e quindi, dovendolo fare, o lo affronteranno con autofinanziamento o con parziale autofinanziamento con assunzione di mutui, sui quali noi possiamo, se vogliamo, dare un contributo, un'agevolazione. L'unico settore che rimane escluso dall'attuale legislazione sono le grandi industrie, cioè quelle che superano i limiti degli investimenti di un miliardo, degli immobilizzi di due miliardi e di cinquecento occupati. Queste limitazioni sono inserite nella legge 10, di cui abbiamo recepito le limitazioni del comitato interministeriale del credito. Non è stata superata la questione dell'unità dell'insediamento dello stabilimento, cioè noi non possiamo considerare lo stabilimento, ma dobbiamo considerare la società, o il proprietario dello stabilimento, nel suo contesto globale. Per cui restano esclusi dalle agevolazioni attuali le grandi industrie, che possono essere invece soddisfatte dalla legge 10 o da altre incentivazio-

ni, dalla 623, dalla 614, ecc. Mentre per tutto il resto del territorio nazionale la grande industria può operare, può fare gli insediamenti, può avere le agevolazioni creditizie. Noi no, signori. Ora è vero che noi non è che andiamo a sollecitare gli insediamenti di queste grandi industrie. Noi le abbiamo. Adesso ognuno potrà discutere perché le abbiamo, ma è evidente che le abbiamo, e le abbiamo perché si sono insediate qui, in quanto qui vi era la materia prima, la materia prima a basso costo, l'energia elettrica. Perciò sono nate qui, perché qui avevano interesse ad utilizzare la materia prima, e sono nati quindi tipi di insediamento non facilitati da noi, ma facilitati dalle condizioni ambientali, cioè dalla materia prima, perché l'incidenza della materia prima in questo prodotto è molto alta. Però hanno creato questi problemi, hanno creato questi grossi problemi nel nostro territorio, che non possono essere risolti come vengono risolti per esempio in Svizzera, dove un'intera vallata è disabitata e dove c'è uno stabilimento di questo genere, per cui non c'è l'onere per l'azienda di fare i depuratori, perché non c'è popolazione; o come possono essere risolti in Russia, dove non c'è il problema di terreno. L'azienda va localizzata in una zona nella quale per cento ettari non c'è vita umana, non c'è coltivazione, ecc. Altra è la condizione nostra, come a Mori, dove si è partiti con un'industria e con un tipo di coltivazione; gradatamente il tipo di coltivazione si è modificato e quindi i danni sono aumentati. Ma possiamo noi arrivare alla teorica, velleitaria opinione: trasferiamo le aziende. La Regione si impegna a trasferire le aziende. Allora, signori, andiamo nel campo dell'utopia. Con un inurbamento come abbiamo noi, con gli insediamenti urbani che abbiamo noi, possiamo dire: trasferiamo le aziende, oppure trasferiamo le popolazioni? Ma qui siamo fuori della realtà. Allora bisogna essere realisti, più

che teorici. Possiamo disincentivare anche. Dire: hanno l'obbligo di farlo, lo facciamo. Siano la Montecatini, la Montedison, sia la Magnesio, siano altre aziende; lo facciano, hanno l'obbligo. D'accordo, è evidente. Ecco qui rispondo al problema dei comunisti. È evidente, lo possono fare anche con i loro mezzi. Chi dice che non lo possono fare con i loro mezzi? Non credo che la Montedison ne faccia un problema, la Magnesio un pochino di più, perché è un problema più complicato, per il contributo che potrà ricevere, per il mutuo che assume. Noi dobbiamo però dire: noi siamo in un territorio poco industrializzato e che ha, purtroppo, un tipo di industrializzazione che crea questi problemi. Le particolari condizioni ambientali di localizzazione e di disoccupazione sono tali che possono farci anche ottenere una deroga del MEC, oppure una deroga del Governo. Ora un conto è dire che una cosa è strettamente necessaria per arrivare allo scopo e un conto è ammettere che una cosa è utile e che favorisce lo scopo che vogliamo raggiungere. Perché un conto è una teoria politica, la quale dice: le grandi industrie devono fare da sè, hanno un autofinanziamento, collocano le loro azioni in borsa, fanno i loro finanziamenti a livelli di miliardi, decine di miliardi e quindi che ci stiamo a fare noi? Però guardate che nel resto del territorio nazionale anche i settori delle sinistre, quando vengono incontro a insediamenti della grande industria, e parlo del Mezzogiorno, non fanno questo discorso, perché se in Sardegna la Montedison ha avuto 20 miliardi di finanziamento dall'ICIS, per esempio, neanche le sinistre si sono opposte. Lo facciamo solo noi, perché noi siamo fatti appositamente per creare i problemi. Al fondo politico, è evidente che c'è un atteggiamento contro il monopolio, perché il monopolio è la grande industria. Ma, signori, guardate che i monopoli si costituiscono da noi entro l'ambito del MEC,

fuori di qui, negli ambienti anche industriali governati dai comunisti, con un altro tipo di conduzione, statale. Però è strano che per esempio per la nostra concorrenza nell'interno del comune uno di questi prodotti venga portato sul nostro mercato a un prezzo politico. Cito il corindone, per esempio, o il carburo di silicio, il quale viene importato qui dagli ambienti orientali...

PREVE CECCON (M.S.I.): (*Interrompe*).

ALBERTINI (assessore industria e trasporti - D.C.): Io non faccio mica una valutazione, però è un prezzo politico di 14 mila lire al quintale, quando a produrlo costa 17 mila. Tanto che gli stessi paesi non comprano dall'Italia, in produzione italiana, a 17 mila. Signori, la differenza, chi la paga allora? Non è una incentivazione a un tipo di produzione? Perché è vero che mentre nel MEC il prezzo dell'energia elettrica può andare dalle 3 lire alle 8 lire, da noi 7 lire e 20 in questo tipo di produzione, nella Scandinavia, Norvegia, ecc. può andare da 1 lira e 20 alle 3 lire, nei paesi comunisti il prezzo dell'energia elettrica è superiore al nostro, per cui è logico che facendo i conti della materia prima utilizzata, che è l'energia elettrica, dell'altra materia prima che viene lavorata, delle paghe operaie, è evidente che essi stanno esportando sotto costo. Il che vuol dire che la collettività paga e che in qualunque situazione, quando si vende un prodotto sottocosto, all'estero per lo meno, qualcuno paga la differenza, ed è una incentivazione indiretta, perché se noi potessimo esportare a prezzo politico, evidentemente dovremmo sopportare noi la differenza del costo effettivo. Quindi incentivazioni esistono anche in un altro sistema di economia politica, come anche in Russia, e chi le paga è la

collettività, che le può pagare anche con una retribuzione più bassa delle paghe operaie o con un contenimento della produzione dei beni di consumo, o con altri oneri indiretti sulla collettività. Anche noi quando diamo una lira alla Terni paghiamo indirettamente, perché se la produzione di energia elettrica costa 5 lire, come minimo, sia quella termica che quella industriale, quando l'abbiamo a una lira, quelle quattro lire qualcuno le paga, e le paga evidentemente il bilancio dell'ENEL, e le paga col migliore utile, perché quello è un prezzo politico. Ora non voglio divagare, ma dico: per quanto riguarda la competenza l'unico dubbio non è tanto nella incentivazione di questo tipo di ammodernamento tecnologico, quanto di poterlo estendere alla grande industria. È un disegno di legge sul quale abbiamo delle perplessità che possa arrivare in porto. Non ce le nascondiamo, le abbiamo rese adesso pubbliche; evidentemente questo aggraverà anche l'iter della legge. La difficoltà c'è, ma è di un altro genere: è quella di estendere i benefici, le agevolazioni per gli investimenti in qualunque settore. Bastava dire: agevolazioni per ammodernamenti tecnologici negli stabilimenti e società. Ma allora noi non saremmo riusciti a cavar fuori nulla, nel senso che una deroga può essere più facile ottenerla quando questo, che è nostra competenza fare in senso generico, viene destinata a un senso specifico, come è quella anche della salute pubblica. E un aiuto per sfondare una porta, che una volta sfondata può aprirci evidentemente il colloquio anche con la grande industria. Signori, noi il colloquio con la grande industria per nuovi insediamenti o per non disincentivare gli attuali, non abbiamo mai potuto farlo, per le limitazioni poste sulla legge 10. Per quanto riguarda poi i nuovi insediamenti, lì c'è un controllo molto accurato. Per la ditta Marangoni si è voluta un'analisi dell'ufficio Igiene del Comune, del Medico pro-

vinciale. E soltanto in quella sede abbiamo anche considerato la possibilità di un'agevolazione, perché quella era una nuova azienda. Allora si possiamo anche dire: non facciamo l'incentivazione. Qui invece abbiamo l'azienda, abbiamo i lavoratori che lavorano nell'azienda. Si dice che i lavoratori sono male trattati, che non ci sono le cure predisposte — non parlo qui della questione del rapporto fra lavoratore e datore di lavoro, dell'esigenza di un altro dialogo, di un'altra dimensione umana nei rapporti; parlo di rapporto sanitario —. A me è stato detto, almeno dalle Commissioni sanitarie, che le attrezzature poste in atto dalla Montedison negli stabilimenti industriali sono le migliori dal punto di vista tecnico, però questo non è di mia competenza, non riguarda l'assessorato mio; l'ho sentito dalla relazione del collega Nicolodi, assessore alla sanità. L'ho sentito, nei contatti che ho avuto coi dirigenti di questa azienda, veramente l'impegno di migliorare la vita interna dell'azienda. Io ho parlato, per esempio, dello stabilimento di Sinigo. Quando due anni fa si è posto il problema della riconversione industriale di Sinigo, i sindacati tutti, Camera del Lavoro e CISL, hanno constatato che le proposte della società, dopo lunghe trattative, erano proposte eque. Perché c'è stata una riconversione industriale; ci son stati sì dei licenziamenti consensuali, ma delle assunzioni dei figlioli delle famiglie del posto. C'è stata una possibilità di sistemare. D'altro canto il tipo di produzione che si voleva sperimentare esigeva evidentemente altre mani, altre situazioni. È stato sistemato, e adesso che si ripropone il problema di fare un investimento notevole dopo gli esperimenti, e purtroppo questi esperimenti non hanno dato esito favorevole per la situazione del mercato inglese di quel tipo di prodotto, la Montecatini ha detto: assolutamente noi non porremo un problema né di licenziamento, né di altro. Quindi l'atteggiamento, a

prescindere dal nome di Montedison o Magnesio, ecc., è un atteggiamento di comprensione, un atteggiamento umano. Adesso nel fatto concreto può nascere come nascono in tutte le questioni altre situazioni che possono anche essere censurate, ma allora non bisogna generalizzare. Io non approvo questo giudizio assoluto, perché devo dire che trovo comprensione e talvolta anche incomprensione lungo la strada delle trattative. Questa sera, per esempio, mi trovo al tavolo delle trattative con i sindacati e vedrò come sta la situazione. Potrò trovare un atteggiamento dell'industria negativo; questo non vuol dire che devo subito dichiararmi per questa tesi. Ora, in fondo, il disegno di legge apre la porta per favorire investimenti tecnologici, che hanno lo scopo di eliminare il fumo, che possono estendersi alla grande industria, perché il più nocivo per quanto riguarda il problema dei fumi è proprio questo settore, non è il settore della piccola e media industria. Anche quello di Riva lo si può risolvere anche con questa legge, accettando l'emendamento. Io sono d'accordo di accettare l'emendamento: può essere introdotto qui, come può essere introdotto anche dalla legge 10. Quindi i mezzi non sono 32 milioni; quelli erano destinati alla grande industria, come la Magnesio, pensando appunto che la piccola e media industria ha già una sua sistemazione. Si dice: perché non eliminiamo la Magnesio? Si può eliminare il problema della Magnesio, certo. Ci sono 4 forni, basta fare l'abbattimento di un forno. Allora bisogna dare la possibilità di utilizzare il forno, per lo meno per dieci mesi. E voi sapete che il prezzo dell'energia elettrica a dieci mesi sale subito a 7 lire e venti, invece a quattro mesi può essere a 4 lire e ottanta. È vero che la Magnesio ha un contratto integrato dell'azienda municipalizzata per cinque lire o meno, parziale, però quel prodotto che la Magnesio è obbligata a mettere sul mercato a quel prezzo, esige

un determinato prezzo di energia elettrica. E allora, signori? L'ENEL ci ha fatto una proposta, non di tariffe differenziate, ma dicendo: voi avete a disposizione dell'energia elettrica a prezzo di costo, avete a disposizione dell'energia elettrica gratuita, 40 milioni di kWh come minimo, 250 milioni di kWh a prezzo di costo; basterebbe destinarla almeno a integrare il contratto dell'energia elettrica dell'azienda municipalizzata di Bolzano, di modo che l'azienda Magnesio, anche senza agevolazioni creditizie, soltanto con un contratto a dieci mesi al di sotto delle cinque lire di energia elettrica, potrebbe fare i 280 milioni di investimenti sul forno, e quindi abbattere completamente il fumo della Magnesio. Lei sa che l'utilizzazione della Magnesio è di oltre 80 milioni di kWh; il contratto integrato della azienda municipalizzata non è per questo importo, mi pare che siano 20 o 25 milioni di kWh. Bisognerebbe integrare, aggiungere a questo contratto di favore che fa l'azienda municipalizzata, una produzione a livelli inferiori alle 5 lire, che in definitiva potremmo fare anche noi. L'ENEL è disposto a fare, avendo fatto il coordinamento, essendo tutte le centrali, salvo le autoproduttrici, proprie, può benissimo dare anche a un singolo stabilimento l'energia. Può farlo. Io son sicuro, parlando con i dirigenti, che si può fare . . .

BENEDIKTER (S.V.P.): In sede di applicazione generale della legge.

ALBERTINI (assessore industria e trasporti - D.C.): Sì, sì, ma anche provvisoriamente. In attesa di definire tutto, la SET, per esempio, in Valsugana, che adesso utilizza solo un terzo dei propri immobilizzi, potrebbe utilizzare integralmente il proprio stabilimento e portare l'occupazione da 100 operai a 300 operai, se potesse attaccare l'energia elettrica a prezzo di costo sulle 5 lire. Certo che bisogna

è un atteggiamento di fondo. Noi facciamo una politica, è stato detto, di passività nei confronti delle aziende industriali, facciamo una politica di incentivazione dell'iniziativa privata, anche estesa ai gruppi monopolistici, entro però un quadro di ordine generale. Perché? Perché abbiamo una situazione particolare. Se noi non l'avessimo, non avremmo neanche posto questa agevolazione, perché sarebbe stata sistemata sulla legge 10. È perché non l'abbiamo. Sono d'accordo che sarebbe assurdo, come diceva l'avv. Mitolo, fare il conteggio per questo, perché ha bisogno dell'incentivazione. È un assurdo. Ma tutto è assurdo. Allora, quando mi si presenta, non so, l'Innocenti, quando mi si presenterà la Fiat per fare uno stabilimento, potrò dire al gruppo IRI: perché vieni e chiedi le agevolazioni del 3%. Per il gruppo IRI, oppure il gruppo Fiat, che in pratica è lo Stato, io devo fare un'agevolazione di questo genere? Quando poi il gruppo monopolistico o il gruppo integrato delle parastatali, ecc., pongono sul mercato un prezzo di concorrenza. Essi chiedono questa agevolazione. Ma è assurdo. D'altro canto noi sappiamo che in pratica tutto il piano generale statale si incentra sugli investimenti. Evidentemente se ci sono investimenti, c'è produzione, c'è la ricchezza e c'è il prelievo della ricchezza, e il famoso incremento del 5% rimane, e sennò va per aria anche tutta la programmazione. D'altro canto, i nostri oneri indiretti sulla produzione, quindi sugli operai, per tutte le prestazioni di natura sociale, sia essa di protezione del lavoro, sia essa di assistenza di malattia, ecc. quanti sono? Se sul mercato comune europeo siamo a livello di 30 lire su 100 lire, qui siamo a livello di 60 lire su 100 lire. Ora capirete bene che anche la produzione, dovendo competere adesso apertamente con altri paesi, si trova a dover contenere i costi anche indiretti. Non li può contenere, perché sono quelli che sono, e 30 lire potrebbero

rinunciare allora all'utilizzo in denaro e a portare questa entrata in altri settori diversi. Certo che se noi attendiamo invece le tariffe differenziate, l'obbligo del Governo di stabilire le tariffe differenziate, di porle a carico dell'ENEL, il problema viene rilanciato nel tempo e noi non troviamo senz'altro soddisfazione.

Quindi mi pare di aver risposto, in sintesi. Capisco l'atteggiamento della sinistra, che andare benissimo anche agli operai, nelle loro paghe che sono modeste, e che bisognerebbe incrementare, logicamente, quando però noi facessimo una miglior amministrazione anche degli oneri indiretti, perché in fondo in fondo anche la produzione deve vendere. Non siamo mica in un'economia statale nella quale non si fa il conto interno. Noi dobbiamo vendere all'estero. Siamo in un'economia diversa, siamo nel MEC, e se non vende l'azienda a termini concorrenziali, le fabbriche si chiudono. Quindi è troppo superficiale dire: qua noi abbiamo il trattamento igienico-sanitario inferiore, abbiamo questo, abbiamo quell'altro, ecc. Quando sulla produzione ci sono tutti questi oneri, bisogna anche riconoscerli, e quindi il modesto, modestissimo incremento che diamo noi a carico dell'ente pubblico, che introduce una possibilità nell'ambiente industriale di soddisfare anche quelle esigenze che dovrebbero esser soddisfatte a prescindere dal nostro intervento. Questa è una modestissima considerazione, direi più morale che economica, nei confronti del settore industriale. Quindi questa apertura può essere condizionata alla stretta osservanza delle disposizioni di legge sanitarie, allo stretto controllo degli investimenti che siano effettuati, estensibili a settori che non siano soltanto della Montedison che possono essere estesi anche alla Magnesio, per esempio. Noi abbiamo la SLOI a Trento, la Montedison ancora nella Piana Rotaliana. Ecco che la richiesta fatta dal Consiglio io la faccio all'assessore alle finanze,

perché evidentemente bisognerà pensare a una integrazione del fondo, per estendere effettivamente queste possibilità. Comunque il disegno di legge non pensava di risolvere il problema, perché siamo sufficientemente dotati per capire che non risolviamo un problema di questo genere. Però, come abbiamo trovato la strada della legge 10 — con successive integrazioni abbiamo aperto la porta a una modesta industrializzazione — questa ci aprirebbe una porta, un dialogo che per noi è chiuso. Quindi da questo punto di vista, pur conoscendo tutte le complicazioni che può comportare il disegno di legge nei confronti del Governo, nei confronti del MEC e comprendendo anche le sue difficoltà, pensiamo che nel sistema attuale esso sia un mezzo modesto che dovrà essere integrato, ma che però rappresenta una incentivazione effettiva, perché si può industrializzare, potenziando, creando nuove iniziative, ma si può anche industrializzare non disincentivando quello che c'è, o comunque rendendo quello che c'è più consona all'ambiente e più assimilabile dalla nostra situazione territoriale.

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa.

Pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata: è approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 3 astenuti.

Art. 1

Allo scopo di favorire l'eliminazione delle esalazioni e dei fumi nocivi prodotti dagli stabilimenti industriali del settore chimico-metallurgico che inquinano l'atmosfera della regione, l'Amministrazione regionale è autorizzata a concedere, a favore delle imprese interessate che intendono adottare nei loro stabilimenti gli impianti necessari per eliminare tali esalazioni e fumi, un concorso annuo costante del-

la durata di 10 anni in misura non superiore al 3,20% della spesa riconosciuta ammissibile per la installazione degli impianti medesimi.

Il concorso regionale può essere erogato sia all'Istituto presso il quale l'impresa ha acceso l'eventuale mutuo relativo alla operazione finanziaria necessaria per coprire le spese di impianto di cui al 1° comma, con facoltà di cessione al medesimo Istituto anche della quota di concorso regionale relativa alla differenza tra il mutuo ed il costo effettivo degli impianti, sia direttamente all'impresa interessata qualora la medesima abbia provveduto alla spesa a mezzo autofinanziamento.

È stato presentato un emendamento, a firma Tanas, Vinante, Manica e Sfondrini, che tende ad eliminare dal 1° comma la frase « del settore chimico-metallurgico ».

Nessuno chiede la parola per illustrare l'emendamento? La parola al cons. Tanas.

TANAS (P.S.U.): Io l'avevo già illustrato in discussione generale.

PRESIDENTE: La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Der Assessor hat in seiner Antwort zuletzt von reiner Theorie gesprochen, bzw. das Wort « reine Theorie » ist gefallen. Ich möchte dazu sagen, daß er in seiner Antwort nicht aufgezeigt hat, was, unabhängig von diesem Gesetz, konkret unternommen worden ist, um diesem Erfordernis nachzukommen und dieses Problems Herr zu werden.

Aus diesem Grund muß ich darauf hinweisen, daß der Landesausschuß im vergangenen September — und das betrifft, glaube ich, auch den Assessor Raffaelli als Zuständigen für

Elektrizitätswirtschaft — dem Interministeriellen Komitee für Programmierung und der Region, die ja den Art. 10 verwaltet, folgenden Vorschlag gemacht hat: « La Giunta provinciale propone la emanazione delle direttive per capitolati difformi dal capitolo tipo, . . . per il rilascio delle concessioni di esercizio di attività elettriche agli enti locali della Regione Trentino - Alto Adige: Facoltà degli Enti locali di applicare tariffe ridotte rispetto alle tariffe massime previste dai provvedimenti CIPE (alle utenze che ne hanno bisogno per un equilibrato sviluppo sociale-economico del territorio) e di ritirare dall'ENEL e dagli altri produttori di energia elettrica, su delega della Regione, l'energia spettante gratuitamente rispettivamente a prezzo di costo alla Regione Trentino - Alto Adige in base all'art. 10 della legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5, da erogare alle utenze indicate in tale articolo secondo le norme della legge regionale che regolerà l'esercizio delle funzioni derivanti . . . » In den Prämissen wurde ausdrücklich auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, neben den im Art. 10 angegebenen Konsumentengruppen — also Haushalte, Handwerk, Landwirtschaft — auch jenen der Industrie entgegenzukommen. Die Region hat sich dieser Initiative bis heute nicht angeschlossen. Hier wäre ein Hebel vorhanden gewesen, um die Aktivierung des Art. 10, vorderhand ohne Änderung des ENEL-Gesetzes, zu erreichen, d.h. um den hier erzeugten Strom zum lokalen Kostenpreis, also zum herabgesetzten Preis, für die Bevölkerung und für die sogenannte produktive Tätigkeit in der Region verwenden zu können. Die Region hat sich bis heute dieser Initiative nicht angeschlossen.

Das Interministerielle Komitee ist natürlich noch nicht zusammengetreten, so daß sich bis jetzt noch kein Ergebnis gezeitigt hat. Das wäre jedenfalls ein Weg gewesen, um zu erreichen, daß auch das Magnesiumwerk etwas tut,

ohne daß die Region aus ihrem Haushalt Geld dafür ausgibt. Denn die Anwendung des Art. 10 betrifft die Haushalte, das Handwerk, die Landwirtschaft und andere öffentliche Interessen. Ich würde sagen, wir treten für die verbilligte Stromlieferung im Rahmen des Art. 10 ein, unter Einbezug auch solcher Industrien, die sich in einer besonderen Lage befinden, wie meinerwegen eben das Magnesiumwerk. Allerdings sollen dadurch nicht andere Kategorien geopfert werden, noch soll all das, was jetzt von dem ENEL oder von der Montedison herausgeholt werden kann, nur in diesen Kanal geleitet werden. Unter anderen Kategorien meine ich den Hausgebrauch, die Landwirtschaft und das Handwerk, die natürlich nicht benachteiligt werden dürfen, denn das wäre gegen den Sinn des Art. 10 und des Wirtschaftsprogrammes, in dem es unter Art. 188 heißt: « Saranno particolarmente considerate le esigenze connesse alla diffusione della elettrificazione nelle campagne. Una politica di bassi prezzi dell'energia elettrica per usi agricoli sarà promossa a tale scopo. »

Ich möchte damit sagen, daß wir als Landesausschuß im Sinne unserer Wirtschaftsprogrammierung diesbezüglich eine Initiative ergriffen haben und auch die Region aufgefordert haben, dabei mitzutun, da ja sie den Art. 10 verwaltet und für die Durchführung desselben eintreten muß. Bis dato hat die Region nicht darauf reagiert, bzw. sich dieser Initiative noch nicht angeschlossen.

(Alla fine della sua risposta il signor assessore ha parlato di teoria pura od almeno ha fatto uso di detta espressione. Vorrei dire in proposito che a prescindere dalla presente legge, nulla ci è stato detto sui concreti provvedimenti presi per soddisfare tali esigenze e risolvere questo problema.

Per questo motivo devo accennare che nello scorso settembre la Giunta provinciale ave-

va proposto al Comitato interministeriale per la programmazione ed alla stessa Regione, che amministra l'art. 10 — e credo che ciò riguardi anche l'assessore Raffaelli competente per l'economia idroelettrica —, quanto segue: « La Giunta provinciale propone la emanazione delle direttive per capitolati difforni dal capitolo tipo, . . . per il rilascio delle concessioni di esercizio di attività elettriche agli enti locali della Regione Trentino - Alto Adige: Facoltà degli Enti locali di applicare tariffe ridotte rispetto alle tariffe massime previste dai provvedimenti CIPE (alle utenze che ne hanno bisogno per un equilibrato sviluppo sociale-economico del territorio) e di ritirare dall'ENEL e dagli altri produttori di energia elettrica, su delega della Regione, l'energia spettante gratuitamente rispettivamente a prezzo di costo alla Regione Trentino - Alto Adige in base all'art. 10 della legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5, da erogare alle utenze indicate in tale articolo secondo le norme della legge regionale che regolerà l'esercizio delle funzioni derivanti . . . ». Nelle premesse si è accennato anche alla necessità di agevolare oltre le categorie di consumatori previste dall'art. 10, dunque uso domestico, artigianato, agricoltura, anche quelle facenti parte dell'industria. La Regione tuttavia non si è finora associata a questa iniziativa. Sarebbe stata questa una possibilità per ottenere l'attivazione dell'art. 10 senza dover modificare per il momento la legge ENEL, in altre parole per poter fornire alla popolazione ed alle cosiddette attività produttive l'energia elettrica prodotta nella nostra Regione a prezzo di costo, dunque a prezzo ridotto. Ma purtroppo come già detto la Regione è rimasta inerte.

Il Comitato interministeriale non si è naturalmente ancora riunito dimodoché finora non si è avuto alcun risultato. Tuttavia ciò sarebbe stato un modo per ottenere che la Magnesium intraprendesse qualche cosa, senza che la Regio-

ne dovesse erogare a tale scopo fondi del bilancio. Il beneficio dell'articolo 10 infatti è riservato all'uso domestico, all'artigianato, all'agricoltura e ad altri interessi pubblici. Vorrei perciò dire che ci battiamo per la fornitura di energia elettrica a prezzo ridotto alle categorie previste dall'art. 10, includendo le industrie che si trovano in una situazione particolare come ad esempio la Magnesio. Con ciò però non si devono danneggiare altre categorie ed inoltre l'intero utile che potremo trarre dall'ENEL e dalla Montedison dovrà essere impiegato a tale scopo. Per altre categorie intendo l'uso domestico, l'agricoltura e l'artigianato che non devono essere danneggiate, perché in tal caso ci troveremmo in contrasto con l'art. 10 e con il programma economico, di cui l'art. 188 prevede fra l'altro: « Saranno particolarmente considerate le esigenze connesse alla diffusione della elettrificazione nelle campagne. Una politica di bassi prezzi dell'energia elettrica per usi agricoli sarà promossa a tale scopo. »

Con ciò vorrei dire, che come Giunta provinciale abbiamo preso una relativa iniziativa nel quadro della nostra programmazione economica, invitando la Regione di associarsi, perché è suo dovere amministrare l'art. 10 e di battersi per l'attuazione dello stesso. Finora comunque non si è avuta alcuna reazione della Regione ossia non si è ancora associata a questa iniziativa.)

PRESIDENTE: Io devo mettere in votazione, se nessuno chiede la parola, questo emendamento.

La parola al cons. Mitolo.

MITOLO (M.S.I.): Io volevo soltanto richiamare l'attenzione del Consiglio sulla formulazione di questo articolo e su quello che esso contiene, cioè sullo spirito di questo arti-

colo. In esso si dice: « Allo scopo di favorire l'eliminazione delle esalazioni e dei fumi nocivi prodotti, ecc. ecc., l'Amministrazione regionale è autorizzata a concedere, a favore delle imprese interessate che intendono adottare nei loro stabilimenti gli impianti necessari per eliminare tali esalazioni . . . ». Noi siamo arrivati al punto, signori consiglieri, come Regione, che dobbiamo fare una legge regionale per favorire l'applicazione di una legge nazionale che impone precisi obblighi a determinati soggetti. Questo è lo spirito di questa legge. E mi domando e dico se è ammissibile, da un punto di vista logico, da un punto di vista giuridico, da un punto di vista politico — scusate se dico anche da un punto di vista morale — che noi Regione dobbiamo favorire la applicazione obbligatoria della legge. Perché è la legge nazionale che fa obbligo a questi soggetti, comprese le industrie, di eliminare i fumi, di eliminare le esalazioni di gas, di eliminare le conseguenze nocive della attività dei loro stabilimenti. È la legge nazionale che fa obbligo. Io potrei anche capire che la eliminazione di queste conseguenze comporti degli oneri gravosi, al punto tale che senza l'aiuto dell'ente pubblico questi adempimenti non possono essere attuati. Potrei anche capirlo questo, ma allora sia lo Stato ad intervenire, sia lo Stato, non la Regione. È lo Stato che impone questi obblighi, sia lo Stato anche a sopportarne le conseguenze. È un'assurdità legislativa di una portata senza precedenti, secondo me, che la Regione si debba sostituire, non solo, debba addirittura favorire, ripeto, l'adempimento di precisi obblighi. Ma andando avanti di questo passo un giorno ci saranno anche i privati che chiederanno, nella applicazione di una legge che comporta determinati oneri, di essere sovvenzionati dalla Regione. Per me è un assurdo senza precedenti, ripeto, e che naturalmente mi trova completamente in disaccordo.

PRESIDENTE: Metto in votazione l'emendamento: è approvato a maggioranza con 7 astenuti.

Metto in votazione l'art. 1 così emendato: è approvato a maggioranza con 3 voti contrari e 3 astenuti.

Art. 2

La domanda di concorso deve essere presentata all'Amministrazione regionale in carta da bollo legale, corredata del programma di investimenti, nonché di una relazione tecnica comprovante che l'impianto risponde ai requisiti previsti dalle vigenti norme in materia di disciplina per l'inquinamento atmosferico.

Metto in votazione l'art. 2: è approvato a maggioranza con 2 astenuti.

Art. 3

La concessione del concorso è disposta con decreto del Presidente della Giunta regionale, su proposta dell'Assessore al quale è affidata la materia dell'industria, in conformità al parere formulato dalla Giunta provinciale competente per territorio.

Tale parere è considerato favorevole qualora non venga espresso entro trenta giorni dalla comunicazione del provvedimento di finanziamento.

Sono ammissibili a contributo le spese relative agli impianti installati dopo il 1° gennaio 1967, purché rispondenti ai requisiti di cui al precedente art. 2.

Metto in votazione l'art. 3: è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 1 astenuto.

Art. 4

Per le finalità di cui all'art. 1 della presente legge è autorizzato a carico dell'esercizio finanziario 1968 il limite di impegno di Lire 32.000.000.

Le annualità relative saranno iscritte nello stato di previsione della spesa della Regione in misura di Lire 32.000.000 per ciascuno degli esercizi finanziari dal 1968 al 1977.

Alla copertura dell'onere di L. 32.000.000 a carico dell'esercizio finanziario 1968 si provvede mediante prelevamento di pari importo dal fondo speciale iscritto al cap. 2080 dello stato di previsione della spesa per l'esercizio medesimo.

Metto in votazione l'art. 4: è approvato a maggioranza con 3 voti contrari e 1 astenuto.

Chi prende la parola per dichiarazione di voto? Nessuno.

Prego distribuire le schede per la votazione segreta.

(Segue votazione a scrutinio segreto).

Esito della votazione:

Votanti 43

34 sì

3 no

6 schede bianche.

La legge è approvata.

La seduta è tolta. È rinviata a domani alle ore 10.

(Ore 13.45).

